

Arrête :

Article 1^{er}. Pour l'application du présent arrêté on entend par :

1. bateau de pêche : un bateau repris dans la « Liste officielle des navires de pêche belges »;
2. zones-c.i.e.m. : les zones et secteurs déterminés dans la communication de la Commission-CE dans le *Journal officiel des Communautés européennes* des 24 décembre 1985 et 31 décembre 1985.

Art. 2. Le quota national du merlu dans les zones-c.i.e.m VIIIa, b, d, e est réputé avoir été épuisé.

Dans les eaux des zones-c.i.e.m VIIIa, b, d, e il est interdit pour tous les bateaux de pêche, de pêcher, de retenir à bord, de transborder et de débarquer du merlu capturé dans ces eaux après la date d'entrée en vigueur du présent arrêté.

Art. 3. Le présent arrêté entre en vigueur le jour de sa publication au *Moniteur belge* et cessera d'être en vigueur le 31 décembre 2002, à 24 heures.

Bruxelles, 8 juillet 2002.

V. DUA

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2002 — 3683

[C — 2002/33023]

20. DEZEMBER 2001 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Gewährung von Zuschüssen an lokale Behörden, die Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer beschäftigen

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Königlichen Erlasses Nr. 474 vom 28. Oktober 1986 zur Einrichtung eines Systems für staatlich bezuschusstes Vertragspersonal bei gewissen lokalen Behörden;

Aufgrund des Programmdekretes des Wallonischen Regionalrates vom 19. Dezember 1996 zur Festlegung verschiedener Maßnahmen in Sachen Finanzen, Beschäftigung, Umwelt, bezuschusste Arbeiten, Wohnungswesen und soziale Maßnahmen, insbesondere Artikel 3;

Aufgrund des Dekretes des Rates der Wallonischen Region vom 6. Mai 1999 zur Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Ausgrabungen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Dekretes des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 10. Mai 1999 zur Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Ausgrabungen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 29. Dezember 1988 zur Ausdehnung des Anwendungsbereichs des Königlichen Erlasses Nr. 474 vom 28. Oktober 1986 zur Einrichtung eines Systems für staatlich bezuschusstes Vertragspersonal bei gewissen lokalen Behörden;

Aufgrund des Erlasses der Wallonischen Regionalexekutive vom 13. Juni 1991 zur Bestimmung der Kriterien für die Verteilung der Zuschüsse, die den lokalen Behörden, die Vertragspersonal beschäftigen, gewährt werden, abgeändert durch die Erlasse vom 3. Dezember 1992, 14. Januar 1993, 3. Februar 1994, 6. Oktober 1994, 8. Dezember 1994, 30. März 1995, 11. Mai 1995, 31. Oktober 1996, 27. Januar 1998, durch das Dekret vom 5. Februar 1998 und durch die Erlasse vom 2. April 1998 und 4. März 1999;

Aufgrund des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die bezuschusten Vertragsbediensteten, die in Containerparks beschäftigt werden;

Aufgrund des am 10. Oktober 2001 abgegebenen Gutachtens des Hohen Rates der Städte, Gemeinden und Provinzen der Wallonischen Region;

Aufgrund des am 15. Oktober 2001 abgegebenen Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des am 19. Dezember 2001 abgegebenen Gutachtens der Finanzinspektion;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministers zuständig für Finanzen und Haushalt;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere Artikel 3, § 1, ersetzt durch das Gesetz vom 4. Juli 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 4. August 1996;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung der Tatsache, dass es ohne zeitliche Verzögerung unerlässlich ist, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für lokale Behörden die Bedingungen und Modalitäten der Anerkennung und Bezuschussung dieser Maßnahmen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft vor Beginn des Ziviljahres 2002 verbindlich mitzuteilen, da zum 31. Dezember 2001 die ursprünglich von der Wallonischen Region formulierten Bedingungen und Modalitäten sowie die daraus abgeleiteten Projekte von ihrer ministeriellen Genehmigung her auslaufen;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL I. – *Begriffsbestimmungen*

Artikel 1 - Für die Anwendung vorliegenden Erlasses bedeutet:

1. das "Ministerium": das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Abteilung Ausbildung, Beschäftigung und Europäische Programme;
2. der "Minister": der Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft zuständig für die Beschäftigung;
3. das "Arbeitsamt": das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
4. der "Königliche Erlass Nr. 474": der Königliche Erlass Nr. 474 vom 28. Oktober 1986 zur Einrichtung eines Systems für staatlich bezuschusstes Vertragspersonal bei gewissen lokalen Behörden;
5. der "Königliche Erlass": der Königliche Erlass vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit;
6. die "lokale Behörde": die Behörde, die in den Anwendungsbereich des Artikels 1 des Königlichen Erlasses Nr. 474 fällt, sowie die plurikommunale lokale Polizeizone in Anwendung des Artikels 9 des Gesetzes vom 7. Dezember 1998 zur Organisation eines auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienstes;
7. die "BVA": die in Artikel 2, Absatz 2 des Königlichen Erlasses Nr. 474 definierten Bezuschussten Vertragsarbeitnehmer.

KAPITEL II. – *Zweckbestimmung*

Art. 2 - § 1. Im Rahmen der gemäß Artikel 10 festgelegten Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft können die Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft mittels eines Abkommens, das zwischen der Gemeinde einerseits und dem Minister andererseits abgeschlossen wird, eine Beteiligung an den Lohn- oder Gehaltskosten für die Beschäftigung der BVA, die in Kapitel III bestimmt sind, erhalten.

§ 2. Die gemäß Artikel 10, § 2 bis § 5, in Punkten festgelegte Höchstanzahl vollzeitäquivalenter BVA pro Gemeinde steht den Gemeinden zur vollständigen oder teilweisen Abtretung an andere lokale Behörden, die eine Tätigkeit innerhalb oder für die jeweilige Gemeinde ausüben, zur Verfügung. Diese Abtretung wird im gemäß § 1 vorgesehenen Abkommen festgehalten.

Diese Abtretung betrifft ferner alle Rechte und Pflichten der Gemeinde im Rahmen vorliegenden Erlasses und des Artikels 2, Absatz 3, Artikels 3, Absatz 3, Artikels 4, §§ 1 und 3, Artikels 5, § 2, Absatz 2, und der Artikel 6 bis 8 des Königlichen Erlasses Nr. 474.

§ 3. Im Rahmen der gemäß Artikel 11 festgelegten Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft können die lokalen Behörden mit Sitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft mittels eines mit dem Minister abgeschlossenen Abkommens eine Beteiligung an den Lohn- oder Gehaltskosten für die Beschäftigung von BVA als Personal und/oder als Koordinationspersonal in spezifischen Beschäftigungsprojekten gemäß Artikel 11 erhalten.

§ 4. Im Rahmen der gemäß Artikel 12 festgelegten Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft können plurikommunale lokale Polizeizonen mit Sitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft mittels eines mit dem Minister abgeschlossenen Abkommens eine Beteiligung an den Lohn- und Gehaltskosten für die Beschäftigung von BVA im Rahmen der administrativen und/oder logistischen Arbeit der Polizeizonen gemäß Artikel 12 erhalten.

§ 5. Plurikommunale lokale Polizeizonen können nur in den Genuss der in § 2 eröffneten Beteiligung an den Lohn- und Gehaltskosten für Arbeitnehmer gelangen, die zum nichtstatutarischen administrativen und logistischen Personal gemäß Artikel 118 des Gesetzes vom 7. Dezember 1998 zur Organisation eines auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienstes gehören.

KAPITEL III. – *Die BVA*

Art. 3 - Der entschädigte Vollarbeitslose, der Arbeitslosengeld oder eine Wartebeihilfe für alle Tage der Woche bezieht, sowie die folgenden gleichgestellten Personen können eine Stelle als BVA besetzen:

1. die in Artikel 30, Absatz 3, 7°, und in Artikel 42, § 2, 9°, des Königlichen Erlasses erwähnten Arbeitslosen;
2. die in Artikel 29 des Königlichen Erlasses erwähnten Teilzeitarbeitslosen;
3. die Arbeitslosen, die Arbeitslosengeld vorläufig beziehen;
4. die Arbeitnehmer, die in einem Unternehmen für angepasste Arbeit beschäftigt sind und die Arbeitnehmer, die gemäss Artikel 78 des Königlichen Erlasses in denselben Unternehmen beschäftigt sind;
5. die Empfänger einer Einkommensersatzbeihilfe oder einer Eingliederungsbeihilfe aufgrund des Gesetzes vom 27. Februar 1987 über die Behindertenbeihilfen;
6. die Arbeitslosen, deren Anrecht auf Arbeitslosengeld in Anwendung der Artikel 80 bis 88 des Königlichen Erlasses aufgehoben wurde;
7. die in Artikel 89 oder 90 des Königlichen Erlasses erwähnten Arbeitslosen;
8. die entschädigten Vollarbeitslosen, die einer Berufsausbildung folgen, die durch das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft, das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen oder durch die Dienststelle für Personen mit einer Behinderung organisiert oder anerkannt ist;
9. die Empfänger des Existenzminimums, das durch das Gesetz vom 7. August 1974 zur Einführung des Rechts auf ein Existenzminimum vorgesehen ist, und die Arbeitnehmer, die im Rahmen der Artikel 60, § 7, und 61 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren beschäftigt sind;

10. die Sozialhilfeempfänger, die kein Recht auf das Existenzminimum aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit haben und die im Bevölkerungsregister oder im Fremdenregister eingetragen sind;
11. die im dritten Arbeitsweg beschäftigten Arbeitnehmer;
12. die Arbeitnehmer, die im Rahmen des Königlichen Erlasses Nr. 258 vom 31. Dezember 1983 über die Einstellung von Arbeitslosen, die in gewissen Beistandsprojekten zugunsten von Klein- und Mittelbetrieben eingesetzt werden, beschäftigt werden;
13. die als bezuschusstes Vertragspersonalmitglied bzw. BVA beschäftigten Arbeitnehmer;
14. die Arbeitnehmer, die im Rahmen des zwischendepartementalen Haushaltsfonds zur Förderung der Beschäftigung im nicht-kommerziellen Sektor beschäftigt werden;
15. die Arbeitnehmer, die im Rahmen des Dekretes vom 19. Mai 1994 bezüglich der Einstellung von Arbeitslosen, die in gewissen Projekten zugunsten von Klein- und Mittelbetrieben eingesetzt werden, beschäftigt werden;
16. die Arbeitnehmer, die gemäss dem Dekret vom 18. Juli 1997 zur Schaffung eines beruflichen Übergangsprogramms beschäftigt werden; sowie die Arbeitnehmer, die beschäftigt werden in Ausführung des Königlichen Erlasses vom 14. Oktober 1998 zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 30. März 1998 zur Regelung der Beteiligung an den Lohnkosten für die Arbeitnehmer der Gemeinden des deutschen Sprachgebietes, die im Rahmen eines Programms für beruflichen Übergang beschäftigt werden;
17. die Arbeitnehmer, die im Rahmen des Dekretes vom 31. Mai 1990 zur Schaffung eines speziell für Langzeitarbeitslose bestimmten Programms zur Förderung des Arbeitsmarktes im nicht-kommerziellen Sektor beschäftigt werden;
18. die Arbeitnehmer, die im Rahmen der Konvention zum ersten Arbeitsplatz, eingeführt durch Kapitel VIII des Gesetzes vom 24. Dezember 1999 im Hinblick auf die Förderung der Beschäftigung, beschäftigt werden.

Die Situation der in Absatz 1 erwähnten Personen wird am Tag vor der Vertragsdurchführung bewertet.

Bei durchgehender Vertragsdurchführung des BVA aufgrund aufeinander folgender Arbeitsverträge beim selben Arbeitgeber mit identischem Arbeitsauftrag müssen die in Absatz 1 angeführten Bedingungen, die der BVA erfüllen muss, am Vortag der ersten, nach dem 31. Dezember 2001 stattfindenden Vertragsdurchführung zutreffen.

Art. 4 - Mit Ausnahme der in Artikel 7, Absatz 1, 4°, angeführten BVA, werden die BVA beim Arbeitsamt als Arbeitsuchende eingetragen. Sie sind berechtigt, bei Aufrechterhaltung ihres Gehalts von ihrem Arbeitsplatz fern zu bleiben, um auf ein Stellenangebot zu antworten. Sie sind jedoch verpflichtet, eine Bescheinigung des potenziellen Arbeitgebers einzureichen, auf der Datum und Uhrzeit der Unterredung vermerkt sind.

Von dem im vorigen Absatz angeführten Abwesenheitsrecht kann ein- oder zweimal wöchentlich Gebrauch gemacht werden, insofern die Dauer der Abwesenheiten nicht insgesamt die Dauer eines Arbeitstages pro Woche übersteigt.

KAPITEL IV. - *Die Zuschüsse*

Art. 5 - Im Rahmen der zu diesem Zweck zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft beträgt der maximale jährliche Zuschuss 5.100 € pro in Vollzeitäquivalent ausgedrückter Beschäftigung eines BVA, der die in Artikel 3 angeführten Bedingungen erfüllt.

Art. 6 - Im Rahmen der zu diesem Zweck zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft beträgt der maximale jährliche Zuschuss 10.200 € pro in Vollzeitäquivalent ausgedrückter Beschäftigung eines BVA, der die Bedingungen des Artikels 3 erfüllt und:

1. der am Vortag seines Dienstantritts durchgehend mindestens 12 Monate entschädigter Vollarbeitsloser ist; oder
2. der am Vortag seines Dienstantritts durchgehend mindestens 9 Monate Empfänger des Existenzminimums oder der Sozialhilfe ist; oder
3. der am Vortag seines Dienstantritts mindestens 45 Jahre alt und durchgehend mindestens 6 Monate entschädigter Vollarbeitsloser ist; oder
4. der am Vortag seines Dienstantritts durchgehend mindestens 12 Monate als Arbeitnehmer im Rahmen der unter Artikel 3, 16°, angeführten Arbeitsbeschaffungsmaßnahme tätig ist; oder
5. der am Vortag der Fortführung seiner Beschäftigung bezuschusstes Vertragspersonalmitglied im Rahmen des Erlasses der Wallonischen Regionalexekutive vom 13. Juni 1991 zur Bestimmung der Kriterien für die Verteilung der Zuschüsse, die den lokalen Behörden, die Vertragspersonal beschäftigen, gewährt werden, ist und für dessen Beschäftigung die lokale Behörde im Rahmen der Anwendung desselben Erlasses zwei Punkte nutzt.

Der aufgrund der im vorigen Absatz unter 5° angeführten Bedingung gewährte jährliche Zuschuss darf nur für einen einzigen Arbeitsvertrag im Laufe der Berufslaufbahn des Arbeitnehmers gelten.

Für die Anwendung des vorigen Absatzes können zwei vor dem 31. Dezember 2001 parallel laufende Teilzeitarbeitsverträge für insgesamt maximal eine vollzeitäquivalente Beschäftigung gelten.

Art. 7 - Im Rahmen der zu diesem Zweck zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft beträgt der maximale jährliche Zuschuss 15.300 € pro in Vollzeitäquivalent ausgedrückter Beschäftigung eines BVA, der die Bedingungen des Artikels 3 erfüllt und:

1. der am Vortag seines Dienstantritts durchgehend mindestens 36 Monate entschädigter Vollarbeitsloser ist; oder
2. der am Vortag seines Dienstantritts durchgehend mindestens 18 Monate Empfänger des Existenzminimums oder der Sozialhilfe ist; oder
3. der am Vortag seines Dienstantritts mindestens 45 Jahre alt und durchgehend mindestens 12 Monate entschädigter Vollarbeitsloser ist; oder
4. der am Vortag seines Dienstantritts mindestens 55 Jahre alt und durchgehend mindestens 6 Monate entschädigter Vollarbeitsloser ist; oder
5. der am Vortag der Fortführung seiner Beschäftigung bezuschusstes Vertragspersonalmitglied im Rahmen des Erlasses der Wallonischen Regionalexekutive vom 13. Juni 1991 zur Bestimmung der Kriterien für die Verteilung der Zuschüsse, die den lokalen Behörden, die Vertragspersonal beschäftigen, gewährt werden, ist und für dessen Beschäftigung die lokale Behörde im Rahmen der Anwendung desselben Erlasses drei Punkte nutzt.

Der aufgrund der im vorigen Absatz unter 5° angeführten Bedingung gewährte jährliche Zuschuss darf nur für einen einzigen Arbeitsvertrag im Laufe der Berufslaufbahn des Arbeitnehmers gelten.

Für die Anwendung des vorigen Absatzes können zwei vor dem 31. Dezember 2001 parallel laufende Teilzeitarbeitsverträge für insgesamt maximal eine vollzeitäquivalente Beschäftigung gelten.

Art. 8 - Für die Anwendung der Artikel 6 und 7 ist ein entschädigter Vollarbeitsloser derjenige, der nicht durch einen Arbeitsvertrag gebunden ist und ununterbrochen für alle Tage der Woche, außer sonntags, Wartebeihilfe oder Arbeitslosengeld bezieht.

Folgende Zeiten gelten nicht als Unterbrechungszeiten des Bezuges der in Artikel 6 und 7 angeführten Leistungen zu Lasten des Landesamtes für Arbeitsbeschaffung:

1. die Zeiten des Bezuges einer Entschädigung in Anwendung der gesetzlichen oder verordnungsmäßigen Bestimmungen über die Kranken- und Invaliditätspflichtversicherung;

2. die Zeiten der Haft oder Gefängnisstrafe;

3. die anderen Unterbrechungsereignisse einer Gesamtdauer von weniger als drei vollständigen Monaten, einschließlich der Zeiten der Beschäftigung;

4. die Zeiten des Bezuges des Existenzminimums in Anwendung des Gesetzes vom 7. August 1974 zur Einführung des Rechts auf ein Existenzminimum;

5. die Zeiten des Bezuges der finanziellen Sozialhilfe für Personen, die aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit kein Anrecht auf das Existenzminimum haben und die im Bevölkerungsregister oder Fremdenregister eingetragen sind.

Für die in Artikel 6 und 7 angeführten Empfänger des Existenzminimums oder der Sozialhilfe gelten die Zeiten des Bezuges der in Absatz 1 angeführten Leistungen zu Lasten des Landesamtes für Arbeitsbeschaffung und die im vorigen Absatz unter 1° bis 3° angeführten Zeiten nicht als Unterbrechungszeit des Bezuges des Existenzminimums oder der Sozialhilfe.

Die entweder aufgrund der Artikel 78 oder 79 des Königlichen Erlasses durch die entschädigten Vollarbeitslosen jeweils im Rahmen einer Beschützenden Werkstätte oder einer ihr für die Anwendung des Artikels 78 des Königlichen Erlasses gleichgestellten Einrichtung, oder im Rahmen einer lokalen Beschäftigungsagentur ausgeübten Tätigkeiten gelten für die Anwendung vorliegenden Artikels nicht als im Rahmen eines Arbeitsvertrages ausgeübte Tätigkeiten.

Art. 9 - § 1. Im Falle einer Teilzeitbeschäftigung werden die in Artikel 5, Artikel 6, Absatz 1, Artikel 7, Absatz 1, und Artikel 11, § 1, Absatz 1, angeführten Beträge jeweils im Verhältnis zu der Arbeitsdauer des BVA gekürzt.

§ 2. Ab dem 1. Januar 2003 können die in Artikel 5, Artikel 6, Absatz 1, Artikel 7, Absatz 1 und Artikel 11, § 1, Absatz 1, angeführten Beträge zum ersten Januar jeden Jahres durch den Minister an die Steigerung der Indexleitzahl des Gesundheitsindex, berechnet anhand der Monate November der beiden letzten Vorjahre (Basis 1996), gebunden werden.

§ 3. Zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann die Regierung die in Artikel 5, Artikel 6, Absatz 1, Artikel 7, Absatz 1 und Artikel 11, § 1, Absatz 1, des vorliegenden Erlasses vorgesehenen Beträge mit einem Koeffizienten multiplizieren.

KAPITEL V. - *Festlegung der Anzahl vollzeitäquivalenter BVA-Stellen*

Art. 10 - § 1. Die Beteiligung an den Lohn- und Gehaltskosten vollzeitäquivalenter BVA wird vorbehaltlich des Koordinationspersonals der projektgebundenen Zusatzzuwendung pro Gemeinde anhand der ihr zugeteilten Punkte mit folgender Wertzuteilung festgelegt:

a) 1 Punkt entspricht dem in Artikel 5 angeführten Betrag;

b) 2 Punkte entsprechen dem in Artikel 6 angeführten Betrag;

c) 3 Punkte entsprechen dem in Artikel 7 gewährten Betrag.

§ 2. Die Gemeinden erhalten Punkte im Rahmen:

a) einer Basiszuwendung, für die als Berechnungsgrundlage das effektiv im Jahre 2000 auf Gemeindeebene genutzte Punktevolumen dient. Die Basiszuwendung wird ab dem 1. Januar 2002 durch die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Dreijahresrhythmus festgelegt;

b) einer 1. Zusatzzuwendung, die sich pro Gemeinde ergibt aus den Parametern der Bevölkerungsrate, der Existenzminimumempfängerrate und der Arbeitslosenrate, die anteilig zur Gesamtanzahl Personen, die die Kriterien des jeweiligen Parameters in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erfüllen, berechnet wird.

§ 3. Hinsichtlich der Basiszuwendung steht für die Zeitspanne vom 1. Januar 2002 bis zum 31. Dezember 2004 den Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine Gesamtanzahl von 356 Punkten zur Verfügung, die entsprechend der Anzahl im Jahr 2000 tatsächlich durch oder für die jeweilige Gemeinde genutzten Punkte zwischen den Gemeinden verteilt wird.

Die durch Abtretung an andere lokale Behörden genutzten Punkte einer Gemeinde werden der jeweiligen Gemeinde mit der Auflage zugeordnet, die Wahrung der durch die Empfänger der Abtretung genutzten Punkte, wenn keine anderslautende Stellungnahme des Empfängers der Abtretung zum Zeitpunkt des Einreichens des Abkommens beim Ministerium vorliegt, zu gewährleisten.

§ 4. Für die Zeitspanne vom 1. Januar 2002 bis zum 31. Dezember 2004 beträgt die gemäß § 3 zugeteilte Punkteanzahl pro Gemeinde respektiv:

Amel	14 Punkte
Büllingen	28
Burg Reuland	16
Bütgenbach	28
Sankt Vith	46
Eupen	108
Kelmis	51
Lontzen	21
<u>Raeren</u>	<u>44</u>
Total	356 Punkte

§ 5. Hinsichtlich der 1. Zusatzzuwendung gelangt eine von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel festgelegte, ergänzende, auf Basis der nachstehenden Parameter pro Gemeinde berechnete Punkteanzahl anteilig zur Gesamtanzahl Personen, die die Kriterien des jeweiligen Parameters in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erfüllen, zur Verteilung.

Die ergänzende Punkteanzahl wird in drei gleichen Teilen folgenden Verteilerkriterien pro Gemeinde zugeordnet:

a) der Bevölkerungsrate, d.h. der Bevölkerungsanzahl der Gemeinde im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

b) der Existenzminimumempfängerrate, d.h. der Anzahl Existenzminimumempfänger der Gemeinde im Verhältnis zur Gesamtzahl Existenzminimumempfänger in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

c) der Arbeitslosenrate, d.h. der Anzahl nicht beschäftigter, beim Arbeitsamt eingetragener Arbeitsuchender, im Verhältnis zur Gesamtzahl dieser Arbeitsuchenden in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Diese Verteilerkriterien werden jeweils anhand der Statistiken des Nationalen Statistikinstituts (Stand am 1. Januar des vorletzten Ziviljahres vor dem neuen Dreijahresabkommen), der Statistiken des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. des Ministeriums der sozialen Angelegenheiten, der Volksgesundheit und der Umwelt (Stand am 31. Dezember des vorletzten Ziviljahres vor dem neuen Dreijahresabkommen) festgelegt.

Pro insgesamt erreichter Anzahl Prozenteinheiten der in § 5 unter a), b) und c) angeführten Verteilerkriterien in der jeweiligen Gemeinde erhält die Gemeinde ein Dreihundertstel der Gesamtpunkteanzahl der 1. Zusatzzuwendung.

Für die Zeitspanne vom 1. Januar 2002 bis zum 31. Dezember 2004 betragen die gemäß Absatz 2 festgelegten Prozentsätze:

Gemeinde	Anteil Bevölkerungsrate (Stand am 1. Januar 2000)	Anteil Arbeitslosenrate (Stand am 31. Dezember 2000)	Anteil Existenzminimumempfängerrate (Stand am 31. Dezember 2000)
Amel	7,16	4,02	2,22
Büllingen	7,46	3,62	3,45
Burg Reuland	5,35	3,02	0,74
Bütgenbach	7,84	4,72	1,48
Sankt Vith	12,62	8,62	4,68
Eupen	24,73	35,68	49,26
Kelmis	14,29	20,08	27,09
Lontzen	7,07	7,87	3,94
Raeren	13,48	12,37	7,14
Total	100 %	100 %	100 %

§ 6. Für die Zeitspanne vom 1. Januar 2002 bis zum 31. Dezember 2004 wird die im Rahmen der 1. Zusatzzuwendung zur Verfügung stehende, ergänzende Punkteanzahl auf 30 Punkte pro Jahr festgelegt.

§ 7. Zur Förderung der Beschäftigung der Personen, die das Existenzminimum beziehen, unterliegt die Verteilung der 1. Zusatzzuwendung jedoch einem jährlichen Mindestengagement der Gemeinde auf Ebene der Beschäftigung von Personen im Rahmen des Artikels 60, § 7, des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren.

Dieses jährliche Mindestengagement entspricht in vollzeitäquivalenten, effektiv genutzten Stellen einem Kontingent von 5 % der Anzahl Empfänger des Existenzminimums der Gemeinde relativ zu deren Stand am Stichtag 31. Dezember des vorletzten Jahres vor Anwendung des betreffenden jährlichen Mindestengagements, wobei das Resultat der Anwendung des Prozentsatzes auf diese Anzahl auf eine Grundzahl aufgerundet wird, wenn die erste Dezimalzahl zumindest 5 beträgt.

Unabhängig von dieser Berechnungsweise des vorerwähnten Kontingentes beträgt dieses jedoch mindestens pro Gemeinde eine vollzeitäquivalente, effektiv genutzte Stelle.

Art. 11 - § 1. Der Minister kann im Rahmen der zu diesem Zweck zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel den lokalen Behörden eine ergänzende projektgebundene Zusatzzuwendung für die Beschäftigung von BVA gewähren. Diese zweite Zusatzzuwendung kann für die Beschäftigung von BVA als Personal und/oder als Koordinationspersonal dienen, wobei für Koordinationspersonal im Abkommen zwischen dem Minister und der lokalen Behörde entsprechend den Anforderungen des Projektes der Besitz eines der auszuübenden Funktion entsprechenden Diploms oder Abschlusszeugnisses bzw. eine geforderte Berufserfahrung festzuhalten ist.

Für das projektgebundene, nicht mit Koordinationsaufgaben betraute BVA-Personal gelten die Zuschussätze gemäß Artikel 5 bis 7, während das BVA-Koordinationspersonal dieser Projekte eine jährliche maximale Beteiligung an den Lohn- und Gehaltskosten in Höhe von 17.400 € für eine vollzeitäquivalente Beschäftigung erfahren kann.

Die in Absatz 1 angeführte maximale Intervention kann ausschließlich zur Beschäftigung von BVA in Projekten dienen, die einem gesellschaftlichen Bedarf entsprechen, die solidaritätsfördernd sind, die der sozialen Ausgrenzung von Personen vorbeugen oder die zur Steigerung der Lebensqualität beitragen.

Gelten als diese Kriterien erfüllende Projekte u.a.:

- a) Projekte zur Aufnahme von Kindern von 0 bis 3 Jahre während der Arbeitsstunden der Eltern;
- b) Projekte zur Aufnahme von Kindern von 3 bis 12 Jahre nach den Unterrichtsstunden, an Feiertagen und während den Schulferien;
- c) den Kontakt zwischen den Generationen fördernde Projekte;
- d) Projekte zur Unterstützung von Behinderten und Senioren;
- e) Projekte zur Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit;
- f) Projekte zur nachhaltigen und umweltschonenden Entwicklung mit Ausnahme der Betreuung der Containerparks;
- g) Projekte im Rahmen des sozialen Gesamtplans;
- h) Projekte im Rahmen des Gemeindeplans für die Beschäftigung.

Für BVA, die in Projekten im Rahmen des sozialen Gesamtplans oder des Gemeindeplans für die Beschäftigung tätig sind, ist der Zuschuss pro vollzeitäquivalenter Beschäftigung auf 1 Punkt begrenzt.

§ 2. Hinsichtlich der 2. Zusatzzuwendung gelangt eine von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel festgelegte, ergänzende Punkteanzahl für spezifische Beschäftigungsprojekte zur Verteilung.

§ 3. Die Gewährung der Punkte der 2. Zusatzzuwendung erfolgt unter der Berücksichtigung der Bewertung der Projekte entsprechend folgender Kriterien:

- a) des durch das Projekt gedeckten gesellschaftlichen Bedarfs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
- b) der sozial und beruflich qualifizierenden Aspekte des Projektes;
- c) der Berücksichtigung der Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung;
- d) der Einhaltung durch den Arbeitgeber der finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Landesamt für Soziale Sicherheit der lokalen Behörden, der öffentlichen Hand im Allgemeinen und der Europäischen Union;
- e) der Arbeitsmarktlage in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
- f) der im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft erforderlichen Prioritätsordnung der Projekte auf Grundlage der in a) und e) angeführten Kriterien.

Art. 12 - Plurikommunale lokale Polizeizonen können zusätzlich zu den von den jeweiligen Mitgliedsgemeinden gemäß Artikel 2, § 2, abgetretenen Punkten und den gemäß Artikel 2, § 3, gewährten Punkten für spezifische Beschäftigungsprojekte eine ergänzende, die administrative und/oder logistische Arbeit der Polizeizonen unterstützende Zusatzzuwendung für die Beschäftigung von BVA erhalten.

Die plurikommunale lokale Polizeizone der Gemeinden Amel, Büllingen, Burg Reuland, Bütgenbach und St. Vith kann bis zu 2 Punkte pro Jahr beanspruchen.

Die plurikommunale lokale Polizeizone der Gemeinden Eupen, Kelmis, Lontzen und Raeren kann bis zu 3,5 Punkte pro Jahr beanspruchen.

Die entsprechenden Anträge können für eine erneuerbare, maximale Laufzeit von bis zu 3 Jahren genehmigt werden.

KAPITEL VI. – Die Kumulierung und Kürzung der Punkte

Art. 13 - § 1 – Zur Gewährleistung eines Beschäftigungseffektes dürfen die in der 2. Zusatzzuwendung zugeteilten Punkte nicht mit zugeteilten Punkten aus der Basiszuwendung und der 1. Zusatzzuwendung für denselben BVA kumuliert werden.

§ 2. Die lokale Behörde benutzt keinen Punkt, wenn sie Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer im Rahmen des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die bezuschussten Vertragsbediensteten, die in Containerparks beschäftigt werden, einstellt.

§ 3. Eine Kürzung der gemäß Kapitel V zugeteilten Punkte findet für die ab dem 1. Januar 2005 abgeschlossenen Abkommen und für die in Artikel 14 festgelegte Dauer pro Abkommen Anwendung, wenn die Gemeinde oder die andere lokale Behörde während der drei Ziviljahre vor dem letzten Jahr des letzten Abkommens nicht wenigstens den durchschnittlichen gesamten in Vollzeitäquivalent berechneten Personalbestand in der Höhe des im Laufe des Jahres 2000 beschäftigten durchschnittlichen gesamten in Vollzeitäquivalent berechneten Personalbestands aufrechterhalten hat.

Falls der durchschnittliche gesamte in Vollzeitäquivalent berechnete Personalbestand reduziert wird, werden die gemäß der Basiszuwendung und der ersten Zusatzzuwendung, so wie sie in Artikel 10 definiert werden, festgelegten Punkte um den Prozentsatz der Reduzierung des durchschnittlichen gesamten in Vollzeitäquivalent berechneten Personalbestandes gekürzt.

Im Fall einer Erhöhung des durchschnittlichen statutarischen in Vollzeitäquivalent berechneten Personalbestands erfolgt die im vorigen Absatz angeführte Kürzung jedoch nur in Höhe des Unterschieds zwischen dem im vorigen Absatz angeführten Prozentsatz und dem Doppelten des Prozentsatzes der Erhöhung des durchschnittlichen statutarischen in Vollzeitäquivalent berechneten Personalbestandes.

Der durchschnittliche gesamte in Vollzeitäquivalent ausgedrückte Personalbestand wird berechnet auf die drei Ziviljahre vor dem letzten Jahr des letzten Abkommens mit den Angaben in den vierteljährlichen statistischen Rahmen, die sich aus den für das Landesamt für soziale Sicherheit der Provinzial- und Lokalverwaltungen bestimmten Erklärungen ergeben.

Folgende Personen werden nicht in die vorerwähnte Berechnung einbezogen:

1. das unterrichtende Personal;
2. das in Anwendung der Konvention zum ersten Arbeitsplatz, eingeführt durch Kapitel VIII des Gesetzes vom 24. Dezember 1999 im Hinblick auf die Förderung der Beschäftigung, beschäftigte Personal;
3. die Arbeitnehmer, die gemäß dem Dekret vom 18. Juli 1997 zur Schaffung eines beruflichen Übergangsprogramms beschäftigt werden; sowie die Arbeitnehmer, die beschäftigt werden in Ausführung des Königlichen Erlasses vom 14. Oktober 1998 zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 30. März 1998 zur Regelung der Beteiligung an den Lohnkosten für die Arbeitnehmer der Gemeinden des deutschen Sprachgebietes, die im Rahmen eines Programms für beruflichen Übergang beschäftigt werden;
4. die Bezuschussten Vertragsarbeiter;
5. die Empfänger des Existenzminimums, die kraft Artikel 60, § 7, des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über öffentliche Sozialhilfzentren beschäftigt werden;
6. das Krankenhauspersonal;
7. das freiwillige Feuerwehrpersonal;
8. das im operationellen Kader und im Verwaltungs- und Logistikkader der lokalen Polizeizonen übernommene Personal.

Bei ausschließlicher Gewährung der 2. Zusatzzuwendung für eine Dauer von einem oder zwei Jahren an eine lokale Behörde wird der durchschnittliche gesamte in Vollzeitäquivalent berechnete Personalbestand berechnet entsprechend der Dauer des Abkommens auf ein oder zwei Ziviljahre vor dem letzten Jahr des letzten Abkommens mit den Angaben in den vierteljährlichen statistischen Rahmen, die sich aus den für das Landesamt für soziale Sicherheit der Provinzial- und Lokalverwaltungen bestimmten Erklärungen ergeben, mit Ausnahme des in § 3, Absatz 5, unter 1. bis 8. angeführten Personals.

KAPITEL VII. – Verfahren

Art. 14 - § 1. Die in Artikel 2, § 1, erwähnten Abkommen gelten für eine erneuerbare Dauer von drei Jahren und entsprechen dem als Anlage I veröffentlichten Muster.

§ 2. Die in Artikel 2, §§ 3 und 4, erwähnten Abkommen gelten für eine erneuerbare, maximale Dauer von drei Jahren und entsprechen dem als Anlage II veröffentlichten Muster.

Art. 15 - § 1. In Abweichung zu Artikel 14 können die Abkommen hinsichtlich der Abtretungen der Punkte der Gemeinde an die anderen lokalen Behörden einmal jährlich auf Basis eines zumindest drei Monate vor dem Stichtag 1. Februar gestellten Antrags der Gemeinde unter Wahrung des in §§ 2 bis 4, und Artikel 17 festgelegten Verfahrens, abgeändert werden.

§ 2. Die Gemeinde übermittelt dem Ministerium spätestens drei Monate vor Ablauf des bestehenden Abkommens den Entwurf des abgeänderten Abkommens auf dem durch das Ministerium auf Anfrage zugesandten Formular.

§ 3. Das Ministerium fügt vor Zusendung an die Gemeinde die entsprechende maximale Anzahl BVA gemäß den in Artikel 10 aufgeführten Kriterien ein.

§ 4. In Abweichung zu § 2 sind die Anträge zum Abschluss der Abkommen für das Jahr 2002 bis 2004 spätestens bis zum 31. März 2002 zu stellen.

Art. 16 - § 1. Die in Artikel 2, § 1, angeführten Abkommen zwischen den Gemeinden und den anderen lokalen Behörden und dem Minister beinhalten jedenfalls:

1. die Abtretung der Punkte durch die Gemeinden an die anderen lokalen Behörden zur Wahrung durch diese anderen lokalen Behörden der im Rahmen des Erlasses der Wallonischen Regionalexekutive vom 13. Juni 1991 zur Bestimmung der Kriterien für die Verteilung der Zuschüsse, die den lokalen Behörden, die Vertragspersonal beschäftigen, gewährt werden, genutzten Punkte, innerhalb der gemäß Artikel 10 festgelegten Höchstanzahl BVA-Stellen der jeweiligen Gemeinden;
2. die darüber hinaus gemäß Artikel 2, § 1, durch die jeweiligen Gemeinden an die lokalen Behörden mit Tätigkeit in der jeweiligen Gemeinde abgetretenen Punkte,

insofern keine anderslautende Stellungnahme des Empfängers der Abtretung zum Zeitpunkt des Einreichens des Abkommens beim Ministerium vorliegt.

§ 2. Zwecks Inanspruchnahme der durch die Gemeinde an die andere lokale Behörde ab dem 1. Januar 2005 gemäß Artikel 2, § 1, abgetretenen Punkte muss der Empfänger der Abtretung während dem Ziviljahr, der zwei oder drei Ziviljahre vor dem letzten Jahr der vor der neuen Inanspruchnahme geltenden Abkommen, entsprechend der jeweiligen Dauer der Abkommen, gemäß Artikel 14, § 1 und 15, § 1, von einem, zwei oder drei Jahren, wenigstens den durchschnittlichen gesamten in Vollzeitäquivalent berechneten Personalbestand in der Höhe des im Laufe des Jahres 2000 beschäftigten durchschnittlichen gesamten in Vollzeitäquivalent berechneten Personalbestands aufrechterhalten haben.

Falls der durchschnittliche gesamte in Vollzeitäquivalent berechnete Personalbestand reduziert wird, wird die maximale Inanspruchnahme der abgetretenen Punkte gekürzt um den Prozentsatz der Reduzierung des durchschnittlichen gesamten in Vollzeitäquivalent berechneten Personalbestandes.

Im Fall einer Erhöhung des durchschnittlichen statutarischen in Vollzeitäquivalent berechneten Personalbestands erfolgt die im vorigen Absatz angeführte Kürzung jedoch nur in Höhe des Unterschieds zwischen dem im vorigen Absatz angeführten Prozentsatz und dem Doppelten des Prozentsatzes der Erhöhung des durchschnittlichen in Vollzeitäquivalent berechneten statutarischen Personalbestandes.

Der durchschnittliche gesamte in Vollzeitäquivalent berechnete Personalbestand wird berechnet entsprechend der Dauer des letzten Abkommens auf ein, zwei oder drei Ziviljahre vor dem letzten Jahr des letzten Abkommens mit den Angaben in den vierteljährlichen statistischen Rahmen, die sich aus den für das Landesamt für soziale Sicherheit der Provinzial- und Lokalverwaltungen bestimmten Erklärungen ergeben, mit Ausnahme:

1. der in Anwendung der Konvention zum ersten Arbeitsplatz, eingeführt durch Kapitel VIII des Gesetzes vom 24. Dezember 1999 im Hinblick auf die Förderung der Beschäftigung, beschäftigten Personals;
2. die Arbeitnehmer, die gemäß dem Dekret vom 18. Juli 1997 zur Schaffung eines beruflichen Übergangsprogramms beschäftigt werden; sowie die Arbeitnehmer, die beschäftigt werden in Ausführung des Königlichen Erlasses vom 14. Oktober 1998 zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 30. März 1998 zur Regelung der Beteiligung an den Lohnkosten für die Arbeitnehmer der Gemeinden des deutschen Sprachgebietes, die im Rahmen eines Programms für beruflichen Übergang beschäftigt werden;
3. der bezuschussten Vertragsarbeitnehmer;
4. der Empfänger des Existenzminimums, die kraft Artikel 60, § 7, des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über öffentliche Sozialhilfzentren beschäftigt werden;
5. des Krankenhauspersonals.

Art. 17 - Nach Überprüfung der noch als Entwurf geltenden Abkommen durch das Ministerium entscheidet der Minister über den Abschluss der Abkommen.

Die Gewährung oder Ablehnung der projektgebundenen 2. Zusatzzuwendung erfolgt durch den Minister aufgrund eines Gutachtens des Ministeriums. Dieses Gutachten ist unter Berücksichtigung der in Artikel 11 angeführten Kriterien zu erstellen.

Jede Vertragspartei erhält vom Ministerium ein Exemplar der abgeschlossenen Abkommen. Das Arbeitsamt erhält eine Kopie vom Ministerium.

Art. 18 - Die Gemeinden und die anderen lokalen Behörden, die BVA aufgrund der ihnen jeweils zugeteilten oder abgetretenen Punkte einstellen möchten, beantragen die Zuschüsse beim Ministerium anhand des dort erhältlichen Formulars.

Die gemäß Kapitel III am Vortag des Dienstantritts durch den BVA-Kandidaten zu erfüllenden Bedingungen müssen durch eine vom Arbeitgeber an das Ministerium zu übermittelnde Bescheinigung des Arbeitsamtes belegt sein.

KAPITEL VIII. – *Bezuschussungsmodalitäten*

Art. 19 - § 1. Gemäß Artikel 5, § 2, Absatz 2, des Königlichen Erlasses Nr. 474 darf der BVA keine Stelle besetzen, die in Durchführung eines Gesetzes, Dekretes oder Erlasses bezuschusst werden kann.

§ 2. Wenn ein BVA einen statutarischen Beamten ersetzt, der seine Laufbahn im Sinne des Sanierungsgesetzes vom 22. Januar 1985 über soziale Bestimmungen unterbricht, gilt dieser BVA als Nutznießer eines Punktes, ohne dass jedoch der entsprechende Zuschuss gemäß Artikel 5 zur Auszahlung gelangt. Die vorerwähnte Nutznießung wird proportional gekürzt, wenn die Laufbahnunterbrechung nicht vollzeitig wahrgenommen wird bzw. wenn der statutarische Beamte nicht vollzeitig ersetzt wird.

§ 3. Die jährliche Intervention in den Lohn- und Gehaltskosten darf die jährliche Summe des Betrages des Bruttogehaltes des BVA, des Urlaubsgeldes, der aufgrund der anzuwendenden Gesetzgebung zu zahlenden Jahresendprämie und der gesetzlich vorgeschriebenen Intervention des Arbeitgebers in den Fahrtkosten des BVA zum Arbeitsplatz und der Beiträge zu Lasten des Arbeitgebers, die sowohl beim Landesamt für Soziale Sicherheit der Provinz- und Lokalbehörden als auch bei der Arbeitsunfallversicherung und dem arbeitsmedizinischen Dienst abgeführt werden müssen, nicht übersteigen.

§ 4. Die Zahlung des Zuschusses erfolgt durch das Ministerium.

Die erste Zahlung des Zuschusses erfolgt auf Grundlage des beim Ministerium einzureichenden Arbeitsvertrages des BVA und die folgenden Zahlungen erfolgen aufgrund der vierteljährlich, spätestens innerhalb des Monats nach Ablauf des Trimesters, auf welches sie sich beziehen, beim Ministerium einzureichenden Lohn- oder Gehaltsbelege.

Der erste Vorschuss entspricht dem Resultat des jeweils gemäß Kapitel IV und V zutreffenden Betrages des maximalen Jahreszuschusses geteilt durch vier.

Die folgenden vierteljährlichen maximalen Vorschüsse entsprechen dem Resultat der Multiplikation des jeweils gemäß Kapitel IV und V zutreffenden Betrages des maximalen Zuschusses, geteilt durch vier, mit der Bruchzahl, deren Nenner die Anzahl Werktagen des vorhergehenden Trimesters entsprechend dem anzuwendenden Arbeitszeitregime darstellt und deren Zähler die Anzahl tatsächlicher oder gleichgestellter Arbeitstage des vorhergehenden Trimesters, für die der Arbeitgeber einen Lohn oder ein Gehalt während der Dauer des Arbeitsvertrages gezahlt hat, darstellt.

Nach Ablauf einer Frist von zwei Monaten nach dem Ziviljahr, auf das sich die Lohn- oder Gehaltsbelege beziehen, ist das Ministerium nicht mehr gehalten, den Zuschuss zu zahlen.

§ 5. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, das Ministerium unverzüglich über jegliche Änderung im Arbeitsverhältnis und die Bewilligung öffentlicher Interventionen in den Lohn- und Gehaltskosten des BVA in Kenntnis zu setzen.

§ 6. Die zu Unrecht gezahlten Zuschüsse werden auf die dem Arbeitgeber noch zu zahlenden Beträge einbehalten oder per Einschreiben zurückgefordert.

KAPITEL IX. – *Aufhebung der Zahlung*

Art. 20 - § 1. Der Minister hebt die Auszahlung der Prämie auf, wenn die lokale Behörde:

1. den Personalmitgliedern nicht die Vorteile zuteil werden lässt, die mit der durch das Sanierungsgesetz vom 22. Januar 1985 über soziale Bestimmungen eingeführten Laufbahnunterbrechung verbunden sind,

2. die Bezuschussten Vertragsarbeitnehmer für Aufgaben einsetzt, die nicht zu denen des nicht-kommerziellen Sektors im Sinne von Artikel 1 des Königlichen Erlasses Nr. 25 vom 24. März 1982 zur Einrichtung eines Programms zur Förderung der Beschäftigung im nicht-kommerziellen Sektor gehören;

3. die Bestimmungen des Königlichen Erlasses Nr. 474 in Bezug auf die Rechte der BVA und des Königlichen Erlasses vom 30. März 1987 zur Durchführung des Artikels 8 des Königlichen Erlasses Nr. 474 vom 28. Oktober 1986 zur Einrichtung eines Systems für staatlich bezuschusstes Vertragspersonal bei gewissen lokalen Behörden, nicht beachtet.

4. den Minister nicht unmittelbar darüber informiert, dass er in den Genuss einer anderen Beteiligung an den Lohnkosten der BVA gelangt;

5. für die durch ihn beschäftigten BVA weder bei einer anerkannten Prämienversicherungsgesellschaft noch bei einer anerkannten allgemeinen Versicherungskasse eine Versicherung gegen Arbeitsunfälle abschließt;

6. die gemäß Kapitel VIII des Gesetzes vom 24. Dezember 1999 im Hinblick auf die Förderung der Beschäftigung vorgeschriebene Anzahl Arbeitsuchender im Rahmen der Konvention zum ersten Arbeitsplatz nicht beschäftigt, insofern sie dazu verpflichtet ist.

§ 2. Der Minister hebt die Auszahlung der Prämie auf, wenn die lokale Behörde den BVA nicht eine Besoldung und Besoldungsbestimmungen zukommen lässt, die für eine gleiche oder ähnliche Arbeit nicht zumindest dem Gehalt und den Gehaltsbestimmungen, wie sie für statutarisches Personal zutreffen müssen, entsprechen.

KAPITEL X. – *Schlussbestimmungen*

Art. 21 - In Artikel 1 des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die bezuschussten Vertragsbediensteten, die in Containerparks beschäftigt werden, wird der Wortlaut "Erlass der Wallonischen Regionalexekutive vom 13. Juni 1991": der Erlass der Wallonischen Regionalexekutive vom 13. Juni 1991 zur Bestimmung der Kriterien für die Verteilung der Zuschüsse, die den lokalen Behörden, die Vertragspersonal beschäftigen, gewährt werden;" ersetzt durch den Wortlaut "Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 20. Dezember 2001": der Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 20. Dezember 2001 über die Gewährung von Zuschüssen an lokale Behörden, die Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer beschäftigen;"

In Artikel 3 desselben Erlasses wird die Wortfolge "der Wallonischen Regionalexekutive vom 13. Juni 1991" ersetzt durch die Wortfolge "der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 20. Dezember 2001".

Art. 22 - Werden aufgehoben:

1. der Königliche Erlass vom 29. Dezember 1988 zur Ausdehnung des Anwendungsbereichs des Königlichen Erlasses Nr. 474 vom 28. Oktober 1986 zur Einrichtung eines Systems für staatlich bezuschusstes Vertragspersonal bei gewissen lokalen Behörden;

2. der Erlass der Wallonischen Regionalexekutive vom 13. Juni 1991 zur Bestimmung der Kriterien für die Verteilung der Zuschüsse, die den lokalen Behörden, die Vertragspersonal beschäftigen, gewährt werden, abgeändert durch die Erlasse vom 3. Dezember 1992, 14. Januar 1993, 3. Februar 1994, 6. Oktober 1994, 8. Dezember 1994, 30. März 1995, 11. Mai 1995, 31. Oktober 1996, 27. Januar 1998, durch das Dekret vom 5. Februar 1998 und durch die Erlasse vom 2. April 1998 und 4. März 1999.

Art. 23 - Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2002 in Kraft.

Art. 24 - Der Minister zuständig für die Beschäftigung, den Haushalt und die Finanzen wird mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 20. Dezember 2001.

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport,

K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht, Ausbildung, Kultur und Tourismus,

B. GENTGES

Der Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales,

H. NIESSEN

ANLAGE I

Abkommen im Rahmen des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 20. Dezember 2001 über die Gewährung von Zuschüssen an lokale Behörden, die Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer beschäftigen

Nutzung der Basiszuwendung
Nutzung der 1. Zusatzzuwendung

Die Gemeinde
vertreten durch (Bürgermeister)
und (Gemeindesekretär)
als erste Vertragspartei;
und die Deutschsprachige Gemeinschaft
vertreten durch(Minister zuständig für die Beschäftigung)
als zweite Vertragspartei;
und die beitretende(n) Vertragspartei(en) (Einrichtung)
vertreten durch(Name)
sowie (Einrichtung)
vertreten durch (Name)
sowie (Einrichtung)
vertreten durch (Name)
vereinbaren in Ausführung des

Königlichen Erlasses Nr. 474 vom 28. Oktober 1986 zur Einrichtung eines Systems für staatlich bezuschusstes Vertragspersonal bei gewissen lokalen Behörden; sowie des

Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 20. Dezember 2001 über die Gewährung von Zuschüssen an lokale Behörden, die Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer beschäftigen,

FOLGENDES

Artikel 1 - Die erste Vertragspartei kommt für den dreijährigen Zeitraum von. bis. in den Genuss einer Basiszuwendung und einer 1. Zusatzzuwendung im Sinne des Artikels 10, §§ 4 bis 7, des vorerwähnten Erlasses vom 20. Dezember 2001 in nachstehender Höhe:

- a) Basiszuwendung: Punkte;
- b) 1. Zusatzzuwendung: Punkte;
- Summe: Punkte;

Art. 2 - Die erste Vertragspartei tritt im Sinne des Artikels 2, §§ 2 und 3, des vorerwähnten Erlasses vom 20. Dezember 2001 nachstehend genannte(r/n), dem Abkommen beitretende(n) Vertragspartei(en) folgende Punkte für den jeweils präzisierten Zeitraum ab:

- a) Beitretende Vertragspartei (Einrichtung)

	<u>1. Jahr</u>	<u>2. Jahr</u>	<u>3. Jahr</u>
Durch Abtretung erhaltene Punkte
- b) Beitretende Vertragspartei (Einrichtung)

	<u>1. Jahr</u>	<u>2. Jahr</u>	<u>3. Jahr</u>
Durch Abtretung erhaltene Punkte
- c) Beitretende Vertragspartei (Einrichtung)

	<u>1. Jahr</u>	<u>2. Jahr</u>	<u>3. Jahr</u>
Durch Abtretung erhaltene Punkte

Art. 3 - In Folge der gemäß Artikel 2 abgetretenen Punkte ergibt sich vorbehaltlich der Berücksichtigung der Auflagen des Artikels 10, § 7, folgendes Punktemaximum pro Arbeitgeber:

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	Total Nutznießer
Gemeinde				
1. beitretende Vertragspartei				
2. beitretende Vertragspartei				
3. beitretende Vertragspartei				
Total Zeitraum				

Art. 4 - Die erste Vertragspartei und die beitretende(n) Vertragspartei(en) berücksichtigen die Auflagen des vorerwähnten Königlichen Erlasses Nr. 474 vom 28. Oktober 1986 sowie des vorerwähnten Erlasses vom 20. Dezember 2001 und dabei relativ zum letztgenannten Erlass insbesondere

- im Bereich der Personalführung die Artikel 2, 4, 13, 18 und 19;
- im Bereich der administrativen Auflagen die Artikel 2, 14 bis 19; und
- im Bereich der Zuschussberechnung die Artikel 3, 5 bis 10, 13, 16, 19 und 20.

Zu, am, ausgefertigt in 7 Exemplaren

Für die Gemeinde Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

(Bürgermeister) (Minister zuständig für die Beschäftigung)

(Gemeindesekretär)

Für die beitretende Vertragspartei (Einrichtung)

(Unterschrift)

Für die beitretende Vertragspartei (Einrichtung)

(Unterschrift)

Für die beitretende Vertragspartei (Einrichtung)

(Unterschrift)

Gesehen, um dem Erlass vom 20. Dezember 2001 als Anlage I beigefügt zu werden Eupen, den 20. Dezember 2001

Der Ministerpräsident, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport, K.-H. LAMBERTZ

ANLAGE II

Abkommen im Rahmen des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 20. Dezember 2001 über die Gewährung von Zuschüssen an lokale Behörden, die Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer beschäftigen

Nutzung der 2. Zusatzzuwendung Nutzung der Zuwendung für Polizeizonen

Die lokale Behörde (Bezeichnung)

vertreten durch (Name)

(Funktion)

und durch (Name)

(Funktion)

als erste Vertragspartei;

und die Deutschsprachige Gemeinschaft

vertreten durch (Minister zuständig

für die Beschäftigung)

als zweite Vertragspartei;

vereinbaren in Ausführung des

Königlichen Erlasses Nr. 474 vom 28. Oktober 1986 zur Einrichtung eines Systems für staatlich bezuschusstes Vertragspersonal bei gewissen lokalen Behörden; sowie des

Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 20. Dezember 2001 über die Gewährung von Zuschüssen an lokale Behörden, die Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer beschäftigen,

FOLGENDES

Artikel 1 - Die erste Vertragspartei erfährt in Ausführung von Artikel 2, § 3, und Artikel 11 des vorerwähnten Erlasses vom 20. Dezember 2001 eine Zuwendung für nachstehend beschriebenes Beschäftigungsprojekt.

Titel des Projektes:

Zielsetzung des Projektes:

.....

.....

.....

.....

Personalplanung des Projektes:

.....

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif aux agents contractuels subventionnés affectés à l'exploitation des parc à conteneurs;

Vu l'avis du Conseil supérieur des villes, communes et provinces de la Région wallonne, donné le 10 octobre 2001;

Vu l'avis du Conseil économique et social de la Communauté germanophone, donné le 15 octobre 2001;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, donné le 19 décembre 2001;

Vu l'accord du Ministre compétent en matière de Finances et de Budget;

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1^{er}, remplacé par la loi du 4 juillet 1989 et modifié par la loi du 4 août 1996;

Vu l'urgence;

Considérant l'impérieuse nécessité de communiquer de manière contraignante aux employeurs et travailleurs impliqués dans diverses mesures favorisant l'emploi pour les pouvoirs locaux les conditions et modalités de reconnaissance et de subsidiation de ces mesures par la Communauté germanophone avant le début de l'année civile 2002 étant donné que les conditions et modalités initialement formulées par la Région wallonne deviennent caduques au 31 décembre 2001 et que de ce fait les projets qui en découlent voient leur autorisation ministérielle arriver à échéance à cette date;

Sur la proposition du Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone, Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE I^{er}. — Définitions

Article 1^{er}. Pour l'application du présent arrêté, l'on entend par :

1° le Ministère : le Ministère de la Communauté germanophone, Division «Formation, Emploi et Programmes européens»;

2° le Ministre : le Ministre de la Communauté germanophone compétent en matière d'Emploi;

3° l'Office de l'Emploi : l'Office de l'Emploi de la Communauté germanophone;

4° l'arrêté royal n° 474 : l'arrêté royal n° 474 du 28 octobre 1986 portant création d'un régime de contractuels subventionnés par l'État auprès de certains pouvoirs locaux;

5° l'arrêté royal : l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage;

6° le pouvoir local : l'autorité qui tombe sous l'application de l'article 1 de l'arrêté royal n° 474, ainsi que la zone pluricommunale de police locale en application de l'article 9 de la loi du 7 décembre 1998 organisant un service de police intégré, structuré à deux niveaux;

7° les T.C.S. : les travailleurs contractuels subventionnés définis à l'article 2, alinéa 2, de l'arrêté royal n° 474.

CHAPITRE II. — De l'affectation

Art. 2. § 1^{er}. Dans la limite des crédits budgétaires de la Communauté germanophone, déterminés conformément à l'article 10, les communes de la Communauté germanophone peuvent, par le biais d'une convention conclue entre une commune d'une part et le Ministre d'autre part, obtenir une intervention dans les frais de salaire ou de traitement pour l'occupation des T.C.S. définis au chapitre III.

§ 2. Les communes peuvent céder en tout ou partie aux autres pouvoirs locaux qui exercent une activité sur leur territoire ou pour elles le nombre maximal de T.C.S. équivalents temps plein, fixé en «points» conformément à l'article 10, §§ 2 à 5. Cette cession est consignée dans la convention prévue au § 1^{er}.

Cette cession concerne de plus tous les droits et devoirs découlant, pour la commune, de l'application du présent arrêté et de l'article 2, alinéa 3, de l'article 3, alinéa 3, de l'article 4, §§ 1^{er} et 3, de l'article 5, § 2, alinéa 2, ainsi que des articles 6 à 8 de l'arrêté royal n° 474.

§ 3. Dans la limite des crédits budgétaires de la Communauté germanophone, déterminés conformément à l'article 11, les pouvoirs locaux qui ont leur siège en Communauté germanophone peuvent, par le biais d'une convention conclue avec le Ministre, obtenir conformément à l'article 11 une intervention dans les frais de salaire ou de traitement pour les travailleurs contractuels subventionnés occupés en tant que personnel et/ou personnel de coordination dans le cadre de projets spécifiques pour l'emploi.

§ 4. Dans la limite des crédits budgétaires de la Communauté germanophone, déterminés conformément à l'article 12, les zones pluricommunales de police locales qui ont leur siège en Communauté germanophone peuvent, par le biais d'une convention conclue avec le Ministre, obtenir conformément à l'article 12 une intervention dans les frais de salaire ou de traitement pour les travailleurs contractuels subventionnés occupés dans le cadre du travail administratif et/ou logistique des zones de police.

§ 5. Les zones pluricommunales de police locale ne peuvent bénéficier du droit à l'intervention dans les frais de salaire ou de traitement ouvert par le § 2 que pour des travailleurs qui appartiennent au personnel administratif et logistique non statutaire conformément à l'article 118 de la loi du 7 décembre 1998 organisant un service de police intégré, structuré à deux niveaux.

CHAPITRE III. — Des T.C.S.

Art. 3. Peuvent occuper un emploi de T.C.S. les chômeurs complets indemnisés bénéficiant d'allocations de chômage ou d'attente pour tous les jours de la semaine et les personnes assimilées suivantes :

1° les chômeurs visés par l'article 30, alinéa 3, 7°, et l'article 42, § 2, 9°, de l'arrêté royal;

2° les chômeurs à temps partiel visés à l'article 29 de l'arrêté royal;

3° les chômeurs percevant des indemnités de chômage à titre provisoire;

4° les travailleurs occupés en entreprise de travail adapté et les travailleurs occupés dans ces mêmes entreprises conformément à l'article 78 de l'arrêté royal;

5° les bénéficiaires d'une allocation de remplacement de revenu ou d'intégration en vertu de la loi du 27 février 1987 relative aux allocations aux handicapés;

6° les chômeurs dont le droit au bénéfice des allocations de chômage est suspendu en application des articles 80 à 88 de l'arrêté royal;

7° les chômeurs visés par les articles 89 ou 90 de l'arrêté royal;

8° les chômeurs complets indemnisés qui suivent une formation professionnelle organisée ou agréée par l'Office de l'Emploi de la Communauté germanophone, par l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME ainsi que par l'Office pour les personnes handicapées;

9° les bénéficiaires du minimum de moyens d'existence prévu par la loi du 7 août 1974 instituant le droit à un minimum de moyens d'existence et les travailleurs occupés dans le cadre des articles 60, § 7, et 61, de la loi organique du 8 juillet 1976 des centres publics d'aide sociale;

10° les bénéficiaires de l'aide sociale n'ayant pas droit au minimum de moyens d'existence en raison de leur nationalité et inscrits dans le registre de la population ou dans le registre des étrangers;

11° les travailleurs occupés dans le troisième circuit de travail;

12° les travailleurs occupés dans le cadre de l'arrêté royal n° 258 du 31 décembre 1983 relatif à l'engagement de chômeurs affectés à certains projets d'assistance aux petites et moyennes entreprises;

13° les travailleurs occupés comme agent contractuel subventionné ou T.C.S.;

14° les travailleurs occupés dans le cadre du Fonds budgétaire interdépartemental de promotion de l'emploi dans le secteur non marchand;

15° les travailleurs occupés dans le cadre du décret du 19 mai 1994 relatif à l'engagement de chômeurs affectés à certains projets au bénéfice des petites et moyennes entreprises;

16° les travailleurs occupés conformément au décret du 18 juillet 1997 créant un programme de transition professionnelle, ainsi que les travailleurs occupés en application de l'arrêté royal du 14 octobre 1998 modifiant l'arrêté royal du 30 mars 1998 portant règlement de l'intervention dans le coût salarial pour les travailleurs de communes appartenant à la Région de langue allemande, mis au travail dans le cadre d'un programme de transition professionnelle;

17° les travailleurs occupés dans le cadre du décret du 31 mai 1990 créant un programme de promotion de l'emploi spécialement destiné aux chômeurs de longue durée dans le secteur non marchand;

18° les travailleurs occupés dans le cadre de la convention de premier emploi, instaurée par le chapitre VIII de la loi du 24 décembre 1999 en vue de la promotion de l'emploi.

C'est la situation des personnes visées au premier alinéa au jour qui précède l'exécution du contrat qui est prise en considération.

En cas d'exécution ininterrompue du contrat du T.C.S. en raison de contrats de travail successifs conclus auprès d'un même employeur pour une tâche identique, les conditions prévues au premier alinéa et auxquelles doit satisfaire le T.C.S., doivent être remplies la veille de la première exécution du contrat suivant le 31 décembre 2001.

Art. 4. Les T.C.S., à l'exception de ceux visés à l'article 7, alinéa 1, 4°, sont inscrits comme demandeurs d'emploi auprès de l'Office de l'Emploi. Ils sont autorisés, tout en conservant leur traitement, à s'absenter de leur lieu de travail pour répondre à une offre d'emploi. Ils sont toutefois obligés de présenter une attestation de l'employeur potentiel mentionnant les date et heure de l'entretien.

Il peut être fait usage du droit prévu à l'alinéa précédent une ou deux fois par semaine dans la mesure où la durée des absences ne dépasse pas au total la durée d'une journée de travail par semaine.

CHAPITRE IV. — *Des subventions*

Art. 5. Dans les limites des crédits budgétaires libérés à cette fin par la Communauté germanophone, la subvention annuelle est plafonnée à 5.100 € par équivalent temps plein pour l'engagement d'un T.C.S. remplissant les conditions énoncées à l'article 3.

Art. 6. Dans les limites des crédits budgétaires libérés à cette fin par la Communauté germanophone, la subvention annuelle est plafonnée à 10.200 € par équivalent temps plein pour l'engagement d'un T.C.S. remplissant les conditions énoncées à l'article 3 et qui

1° la veille de son entrée en service, était chômeur complet indemnisé depuis au moins 12 mois sans interruption;

2° la veille de son entrée en service, était bénéficiaire du minimex ou de l'aide sociale depuis au moins 9 mois sans interruption;

3° la veille de son entrée en service, était âgé d'au moins 45 ans et chômeur complet indemnisé depuis au moins 6 mois sans interruption;

4° la veille de son entrée en service, était occupé comme travailleur depuis au moins 12 mois sans interruption dans le cadre de la mesure favorisant l'emploi visée à l'article 3, 16°;

5° la veille de la prolongation de son occupation, était agent contractuel subventionné dans le cadre de l'arrêté de l'Exécutif régional wallon du 13 juin 1991 déterminant les critères de répartition des subventions accordées aux pouvoirs locaux occupant des agents contractuels et pour l'occupation duquel le pouvoir local, dans le cadre de l'application dudit arrêté, utilisait deux points.

La subvention annuelle octroyée sur la base de la condition énoncée au point 5° de l'alinéa précédent ne peut valoir que pour un seul contrat de travail au cours de la carrière professionnelle du travailleur.

Pour l'application de l'alinéa précédent, deux contrats de travail à temps partiel courant en parallèle avant le 31 décembre 2001 peuvent être considérés au total comme un équivalent temps plein au plus.

Art. 7. Dans les limites des crédits budgétaires libérés à cette fin par la Communauté germanophone, la subvention annuelle est plafonnée à 15.300 € par équivalent temps plein pour l'engagement d'un T.C.S. remplissant les conditions énoncées à l'article 3 et qui

1° la veille de son entrée en service, était chômeur complet indemnisé depuis au moins 36 mois sans interruption;

2° la veille de son entrée en service, était bénéficiaire du minimex ou de l'aide sociale depuis au moins 18 mois sans interruption;

3° la veille de son entrée en service, était âgé d'au moins 45 ans et chômeur complet indemnisé depuis au moins 12 mois sans interruption;

4° la veille de son entrée en service, était âgé d'au moins 55 ans et chômeur complet indemnisé depuis au moins 6 mois sans interruption;

5° la veille de la prolongation de son occupation, était agent contractuel subventionné dans le cadre de l'arrêté de l'Exécutif régional wallon du 13 juin 1991 déterminant les critères de répartition des subventions accordées aux pouvoirs locaux occupant des agents contractuels et pour l'occupation duquel le pouvoir local, en application dudit arrêté, utilisait trois points.

La subvention annuelle octroyée sur la base de la condition énoncée au point 5° de l'alinéa précédent ne peut valoir que pour un seul contrat de travail au cours de la carrière professionnelle du travailleur.

Pour l'application de l'alinéa précédent, deux contrats de travail à temps partiel courant en parallèle avant le 31 décembre 2001 peuvent être considérés au total comme un équivalent temps plein au plus.

Art. 8. Est considéré comme chômeur complet indemnisé pour l'application des articles 6 et 7 tout qui n'est pas lié par un contrat de travail et bénéficie sans interruption pour tous les jours de la semaine sauf le dimanche d'une allocation de chômage ou d'attente.

Les périodes suivantes ne sont pas considérées comme périodes d'interruption du bénéfice des prestations à charge de l'ONEm visées aux articles 6 et 7 :

1° les périodes qui ont donné lieu au paiement d'une indemnité en vertu des dispositions légales ou réglementaires concernant l'assurance obligatoire contre la maladie et l'invalidité;

2° les périodes de détention ou d'emprisonnement;

3° les autres interruptions d'une durée totale de moins de trois mois complets, en ce compris les périodes d'occupation;

4° les périodes de bénéfice du minimex en application de la loi du 7 août 1974 instituant le droit à un minimum de moyens d'existence;

5° les périodes de bénéfice de l'aide sociale financière pour les personnes qui, en raison de leur nationalité, n'ont pas droit au minimex et sont inscrites dans le registre de la population ou dans le registre des étrangers.

Pour les bénéficiaires du minimex ou de l'aide sociale visés aux articles 6 et 7, les périodes de bénéfice des prestations à charge de l'ONEm visées au premier alinéa et les périodes énoncées aux points 1° à 3° de l'alinéa précédent ne sont pas considérées comme périodes d'interruption du bénéfice du minimex ou de l'aide sociale.

Pour l'application du présent article, les activités menées par les chômeurs complets indemnisés que ce soit, en vertu des articles 78 resp. 79 de l'arrêté royal, au sein d'un atelier protégé ou d'un établissement y assimilé en application de l'article 78 de l'arrêté royal ou au sein d'une Agence locale pour l'emploi ne sont pas considérées comme activités menées dans le cadre d'un contrat de travail.»

Art. 9. § 1^{er}. En cas de travail à temps partiel, les montants repris aux articles 5, 6, alinéa 1, 7, alinéa 1, et 11, § 1^{er}, alinéa 1, sont réduits au prorata de la durée des prestations fournies par le T.C.S.

§ 2. À partir du 1^{er} janvier 2003, les montants repris aux articles 5, 6, alinéa 1, 7, alinéa 1, et 11, § 1^{er}, alinéa 1, peuvent, au 1^{er} janvier de chaque année, être adaptés par le ministre à l'augmentation de l'indice santé du mois de novembre des deux années précédentes (base 1996).

§ 3. Afin de les adapter aux crédits budgétaires libérés par la Communauté germanophone, le Gouvernement peut multiplier par un coefficient les montants prévus aux articles 5, 6, alinéa 1, 7, alinéa 1, et 11, § 1^{er}, alinéa 1, du présent arrêté.

CHAPITRE V. — Fixation du nombre d'emplois de T.C.S. équivalents temps plein

Art. 10. § 1^{er}. Par équivalent temps plein, l'intervention dans les frais de salaire et de traitement des T.C.S., sous réserve du personnel de coordination des dotations supplémentaires liées aux projets, est fixée pour chaque commune en se basant sur le nombre de points qui lui sont attribués sachant que :

- a) le montant repris à l'article 5 correspond à 1 point;
- b) le montant repris à l'article 6 correspond à 2 points;
- c) le montant repris à l'article 7 correspond à 3 points.

§ 2. Les communes obtiennent des points dans le cadre :

a) d'une dotation de base, calculée sur la base du nombre de points effectivement utilisé au niveau communal en l'an 2000. À partir du 1^{er} janvier 2002, la dotation de base sera fixée sur base d'un rythme triennal par le Gouvernement de la Communauté germanophone;

b) d'une première dotation supplémentaire, résultat des paramètres suivants : taux de population, taux de minimexés et taux de chômage de la commune par rapport au nombre total de personnes qui remplissent les critères des différents paramètres en Communauté germanophone.

§ 3. Pour la période allant du 1^{er} janvier 2002 au 31 décembre 2004, un nombre total de 356 points est à la disposition des communes de la Communauté germanophone au titre de dotation de base; ces points sont répartis entre elles suivant le nombre de points effectivement utilisé par ou pour chacune d'elles en 2000.

Sauf stipulation contraire au moment du dépôt de la convention auprès du Ministère, les points d'une commune utilisés à la suite d'une cession à d'autres pouvoirs locaux sont attribués aux communes concernées moyennant l'obligation pour elles de veiller à «conserver» les points utilisés par les bénéficiaires de la cession.

§ 4. Pour la période allant du 1^{er} janvier 2002 au 31 décembre 2004, le nombre de points attribué aux différentes communes conformément au § 3 s'élève respectivement à :

Amblève	14 points
Bullange	28
Burg-Reuland	16
Butgenbach	28
Saint-Vith	46
Eupen	108
La Calamine	51
Lontzen	21
<u>Raeren</u>	<u>44</u>
Total	356 points

§ 5. Un nombre supplémentaire de points, fixé pour chaque commune par le Gouvernement de la Communauté germanophone dans les limites des crédits budgétaires dont il dispose est partagé entre les communes au titre de première dotation supplémentaire; le partage s'effectue sur la base des paramètres suivants et par rapport au nombre total de personnes qui remplissent les critères des différents paramètres en Communauté germanophone.

Le nombre supplémentaire de points est attribué à chaque commune d'après les critères de répartition suivants, qui ont la même pondération :

a) le taux de population, c.-à-d. le rapport entre le chiffre de la population de la commune et la population totale de la Communauté germanophone;

b) le taux de minimexés, c.-à-d. le rapport entre le nombre de minimexés de la commune et le nombre de minimexés de la Communauté germanophone;

c) le taux de chômage, c.-à-d. le rapport entre le nombre de demandeurs d'emploi non occupés qui sont inscrits auprès de l'Office de l'Emploi de la Communauté germanophone et le nombre total de ces demandeurs d'emploi en Communauté germanophone.

Chacun de ces critères de répartition est fixé en se basant sur les statistiques de l'Institut national de Statistique (situation au 1^{er} janvier de la pénultième année civile précédant la nouvelle convention triennale), de l'Office de l'Emploi de la Communauté germanophone et du Ministère des Affaires sociales, de la Santé publique et de l'Environnement (situation au 31 décembre de la pénultième année civile précédant la nouvelle convention triennale).

Par unité de pourcentage atteinte par une commune pour chaque critère de répartition repris au § 5 a), b), c), ladite commune reçoit 1/300^{ème} du nombre total de points de la première dotation supplémentaire.

Pour la période allant du 1^{er} janvier 2002 au 31 décembre 2004, les pourcentages fixés conformément à l'alinéa 2 s'élèvent à :

Commune	Part d'après le taux de population (situation au 1 ^{er} janvier 2000)	Part d'après le taux de chômage (situation au 31 décembre 2000)	Part d'après le taux de minimexés (situation au 31 décembre 2000)
Amblève	7,16	4,02	2,22
Bullange	7,46	3,62	3,45
Burg-Reuland	5,35	3,02	0,74
Butgenbach	7,84	4,72	1,48
Saint-Vith	12,62	8,62	4,68
Eupen	24,73	35,68	49,26
La Calamine	14,29	20,08	27,09
Lontzen	7,07	7,87	3,94
Raeren	13,48	12,37	7,14
Total	100 %	100 %	100 %

§ 6. Pour la période allant du 1^{er} janvier 2002 au 31 décembre 2004, le nombre de points complémentaires disponibles dans le cadre de la première dotation supplémentaire est fixé à 30 par an.

§ 7. Afin de garantir un effet sur l'emploi de minimexés, la répartition de la première dotation supplémentaire est toutefois subordonnée à un effort annuel minimal de la commune au niveau de l'engagement de personnes dans le cadre de l'article 60, § 7, de la loi organique du 8 juillet 1976 des centres publics d'aide sociale.

Cet effort annuel minimal correspond, en équivalents temps plein effectivement utilisés, à un contingent de 5% par rapport au nombre de minimexés de la commune en se basant sur la situation au 31 décembre de la pénultième année avant l'application de l'effort minimal annuel en question, le résultat de l'application de ce pourcentage étant arrondi à l'unité supérieure lorsque la première décimale est au moins égale à 5.

Indépendamment de ce mode de calcul, ledit contingent est d'au moins un équivalent temps plein effectivement utilisé par commune.

Art. 11. § 1^{er}. Dans les limites des crédits budgétaires disponibles à cette fin, le Ministre peut octroyer aux pouvoirs locaux, pour l'occupation de T.C.S., une dotation supplémentaire liée à des projets spécifiques. Cette deuxième dotation peut servir à l'engagement de T.C.S. en tant que personnel ou personnel de coordination, étant entendu qu'il sera mentionné dans la convention conclue entre le Ministre et le pouvoir local, qu'il faudra, suivant les exigences du projet, être porteur d'un diplôme ou certificat de fin d'études correspondant à la fonction à exercer ou apporter la preuve de l'expérience professionnelle requise.

Pour les T.C.S. occupés dans le cadre d'un projet mais non affectés à des tâches de coordination, ce sont les taux de subsidiation fixés conformément aux articles 5 à 7 qui sont applicables, tandis que pour les T.C.S. occupés comme personnel de coordination dans le cadre de ce projet, il peut être octroyé 17.400 € par équivalent temps plein comme participation annuelle maximale dans les frais de salaire ou de traitement.

L'intervention maximale fixée au premier alinéa ne peut servir qu'à l'engagement de T.C.S. dans le cadre de projets qui répondent à un besoin social, visent à promouvoir la solidarité, préviennent l'exclusion sociale ou contribuent à l'amélioration de la qualité de la vie.

Sont entre autres considérés comme remplissant ces critères :

- a) les projets d'accueil d'enfants de 0 à 3 ans pendant les heures de travail des parents;
- b) les projets d'accueil d'enfants de 3 à 12 ans après les heures de cours, les jours fériés et durant les vacances scolaires;
- c) les projets visant à favoriser les contacts entre les générations;
- d) les projets d'aide aux personnes handicapées et âgées;
- e) les projets de lutte contre la xénophobie;
- f) les projets visant le développement durable et écologique, à l'exclusion des parcs à conteneurs;
- g) les projets menés dans le cadre du plan social global;
- h) les projets menés dans le cadre du plan communal pour l'emploi.

Pour les T.C.S. occupés à des projets menés dans le cadre du plan social global ou du plan communal pour l'emploi, la subvention est limitée à 1 point par équivalent temps plein.

§ 2. Un nombre supplémentaire de points, fixé par le Gouvernement de la Communauté germanophone dans les limites des crédits budgétaires dont il dispose, est partagé au titre de seconde dotation supplémentaire pour des projets spécifiques en matière d'emploi.

§ 3. Les points de la seconde dotation supplémentaire sont octroyés dans le respect de l'évaluation des projets sur la base des critères suivants :

- a) le taux de couverture du projet par rapport au besoin social en Communauté germanophone;
- b) les aspects du projet qui sont qualifiants d'un point de vue socio-professionnel;
- c) le respect des principes d'un développement durable;
- d) le respect, par l'employeur, des obligations financières vis-à-vis de l'Office national de Sécurité sociale des Administrations provinciales et locales, des pouvoirs publics en général et de l'Union européenne;
- e) la situation du marché de l'emploi en Communauté germanophone;
- f) l'ordre de priorité des projets, imposé par les limites des crédits budgétaires libérés par la Communauté germanophone et établi sur la base des critères repris sous a) et e).

Art. 12. En plus des points cédés par les différentes communes membres conformément à l'article 2, § 2 et des points accordés conformément à l'article 2, § 3, pour des projets spécifiques en matière d'emploi, les zones pluricommunales de police locale peuvent obtenir une dotation complémentaire pour l'occupation de T.C.S., en vue de soutenir le travail administratif et/ou logistique des zones de police.

La zone pluricommunale de police locale regroupant les communes d'Amblève, Bullange, Burg-Reuland, Butgenbach et Saint-Vith peut solliciter jusqu'à 2 points par an.

La zone pluricommunale de police locale regroupant les communes d'Eupen, La Calamine, Lontzen et Raeren peut solliciter jusqu'à 3,5 points par an.

Les demandes peuvent être approuvées pour une durée renouvelable de 3 ans maximum.

CHAPITRE VI. — *Du cumul et de la réduction du nombre de points*

Art. 13. § 1^{er}. Afin de garantir un effet sur l'emploi, les points attribués au titre de seconde dotation supplémentaire ne peuvent être cumulés, pour le même T.C.S., avec les points attribués dans le cadre de la dotation de base et de la première dotation supplémentaire.

§ 2. Le pouvoir local n'utilise aucun point lorsqu'il engage des T.C.S. en vertu de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif aux agents contractuels subventionnés affectés à l'exploitation des parcs à conteneurs.

§ 3. Pour les conventions conclues à partir du 1^{er} janvier 2005 et pour la durée desdites conventions, fixée conformément à l'article 14, le nombre des points attribués conformément au chapitre V est réduit si, au cours des trois années civiles précédant la dernière année de validité de la dernière convention, la commune ou l'autre pouvoir local n'a pas conservé au moins l'effectif global moyen exprimé en équivalents temps plein au niveau de ce qu'il était au cours de l'an 2000.

Si l'effectif global moyen exprimé en équivalents temps plein a diminué, les points fixés conformément à la dotation de base ou à la première dotation supplémentaire, telles que définies à l'article 10, sont réduits au prorata.

Si l'effectif moyen statutaire exprimé en équivalents temps plein a augmenté, la réduction dont question à l'alinéa précédent n'intervient qu'à concurrence de la différence entre le pourcentage prévu à l'alinéa précédent et le double du pourcentage de l'augmentation de l'effectif moyen statutaire exprimé en équivalents temps plein.

L'effectif global moyen exprimé en équivalents temps plein est calculé sur les trois années civiles précédant la dernière année de validité de la dernière convention, sur la base des données figurant dans les cadres statistiques trimestriels et résultant des déclarations à l'Office national de Sécurité sociale des Administrations provinciales et locales.

Les personnes suivantes ne sont pas prises en considération pour le calcul susvisé :

- 1° le personnel enseignant;
- 2° le personnel occupé en application de la convention de premier emploi, instaurée par le chapitre VIII de la loi du 24 décembre 1999 en vue de la promotion de l'emploi;
- 3° les travailleurs occupés conformément au décret du 18 juillet 1997 créant un programme de transition professionnelle, ainsi que les travailleurs occupés en application de l'arrêté royal du 14 octobre 1998 modifiant l'arrêté royal du 30 mars 1998 portant règlement de l'intervention dans le coût salarial pour les travailleurs de communes appartenant à la Région de langue allemande, mis au travail dans le cadre d'un programme de transition professionnelle;
- 4° les T.C.S.;
- 5° les minimexés occupés dans le cadre de l'article 60, § 7, de la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'aide sociale;
- 6° le personnel hospitalier;
- 7° le personnel du corps de pompiers volontaires;
- 8° le personnel repris au cadre opérationnel et aux cadres administratif et logistique des zones de police locale.

Dans le cas où seule la seconde dotation supplémentaire est octroyée pour une ou 2 années à un pouvoir local, l'effectif global moyen exprimé en équivalents temps plein, à l'exception du personnel visé au § 3, alinéa 5, 1° à 8°, est calculé, selon la durée de la dernière convention, sur une ou deux années civiles précédant la dernière année de validité de la dernière convention, sur la base des données figurant dans les cadres statistiques trimestriels et résultant des déclarations à l'Office national de Sécurité sociale des Administrations provinciales et locales.

CHAPITRE VII. — *Procédure*

Art. 14. § 1^{er}. Les conventions visées à l'article 2, § 1^{er}, sont valables pour une durée de trois ans renouvelable et sont établies conformément au modèle repris à l'annexe I.

§ 2. Les conventions visées à l'article 2, §§ 3 et 4, sont valables pour une durée maximale de trois ans renouvelable et sont établies conformément au modèle repris à l'annexe II.

Art. 15. § 1^{er}. Par dérogation à l'article 14 et moyennant respect de la procédure prévue aux §§ 2 à 4 ainsi qu'à l'article 17, les conventions peuvent être modifiées une fois l'an, sur la base d'une demande introduite par la commune au moins trois mois avant le 1^{er} février, date de référence, en vue de la cession aux autres pouvoirs locaux de points attribués à la commune.

§ 2. Au plus tard trois mois avant l'échéance de la convention en cours, la commune transmet au Ministère le projet de la convention établi sur le formulaire adressé sur demande par le Ministère.

§ 3. Avant l'envoi à la commune, le Ministère indique le nombre maximal de T.C.S. octroyé conformément aux critères énoncés à l'article 10.

§ 4. Par dérogation au § 2, les demandes en vue de conclure une convention pour les années 2002 à 2004 doivent être introduites pour le 31 mars 2002 au plus tard.

Art. 16. § 1^{er}. Sauf stipulation contraire de la part du bénéficiaire de la cession au moment du dépôt de la convention auprès du Ministère, les conventions visées à l'article 2, § 1^{er}, conclues entre les communes et autres pouvoirs locaux et le Ministre, portent en tout cas sur :

1° la cession des points par les communes aux autres pouvoirs locaux en vue de la conservation par ces derniers des points utilisés en vertu de l'arrêté de l'Exécutif régional wallon du 13 juin 1991 déterminant les critères de répartition des subventions accordées aux pouvoirs locaux occupant des agents contractuels, et ce dans les limites du nombre maximal d'emplois T.C.S. attribué aux différentes communes conformément à l'article 10;

2° les points cédés en plus, conformément à l'article 2, § 1^{er}, par les différentes communes aux pouvoirs locaux actifs sur leur territoire.

§ 2 - Pour pouvoir recourir aux points cédés par la commune à un autre pouvoir local à partir du 1^{er} janvier 2005, le bénéficiaire de la cession doit - pendant l'année civile, les deux ou trois années civiles précédant la dernière année de validité de la dernière convention selon que celle-ci dure, conformément aux articles 14, § 1 et 15, § 1^{er}, un, deux ou trois ans - avoir conservé au moins l'effectif global moyen exprimé en équivalents temps plein au niveau de ce qu'il était au cours de l'an 2000.

Si l'effectif global moyen exprimé en équivalents temps plein a diminué, le recours maximal aux points cédés est réduit au prorata.

Si l'effectif moyen statutaire exprimé en équivalents temps plein a augmenté, la réduction dont question à l'alinéa précédent n'intervient qu'à concurrence de la différence entre le pourcentage prévu à l'alinéa précédent et le double du pourcentage de l'augmentation de l'effectif moyen statutaire exprimé en équivalents temps plein.

L'effectif global moyen exprimé en équivalents temps plein est calculé, selon la durée de la dernière convention, sur une, deux ou trois années civiles précédant la dernière année de validité de la dernière convention, sur la base des données figurant dans les cadres statistiques trimestriels et résultant des déclarations à l'Office national de Sécurité sociale des Administrations provinciales et locales, à l'exception :

1° du personnel occupé en application de la convention de premier emploi, instaurée par le chapitre VIII de la loi du 24 décembre 1999 en vue de la promotion de l'emploi;

2° des travailleurs occupés conformément au décret du 18 juillet 1997 créant un programme de transition professionnelle, ainsi que les travailleurs occupés en application de l'arrêté royal du 14 octobre 1998 modifiant l'arrêté royal du 30 mars 1998 portant règlement de l'intervention dans le coût salarial pour les travailleurs de communes appartenant à la Région de langue allemande, mis au travail dans le cadre d'un programme de transition professionnelle;

3° des T.C.S.;

4° des minimexés occupés dans le cadre de l'article 60, § 7, de la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'aide sociale;

5° du personnel hospitalier.

Art. 17. Après examen par le Ministère de la convention encore à considérer comme projet, le Ministre statue sur la conclusion de la convention.

La deuxième dotation supplémentaire liée à des projets spécifiques est octroyée ou refusée par le Ministre sur base d'un avis émis par le Ministère. Cet avis est rendu en tenant compte des critères énoncés à l'article 11.

Chaque partie contractante reçoit du Ministère un exemplaire de la convention. L'Office de l'emploi obtient une copie du Ministère.

Art. 18. Les communes et autres pouvoirs locaux qui souhaitent engager des T.C.S. sur la base des points leur accordés ou cédés, demandent les subventions au Ministère au moyen des formulaires qu'il tient à leur disposition.

L'employeur est tenu d'adresser au Ministère une attestation de l'Office de l'emploi afin de prouver qu'il est satisfait aux conditions que les candidats T.C.S. doivent remplir la veille de leur entrée en service, conformément au chapitre III.

CHAPITRE VIII. — *Modalités de subsidiation*

Art. 19. § 1^{er}. Conformément à l'article 5, § 2, alinéa 2, de l'arrêté royal n° 474, le T.C.S. ne peut occuper un emploi pouvant être subsidié en application d'une loi, d'un décret ou d'un arrêté.

§ 2. Lorsqu'un T.C.S. remplace un agent statutaire qui interrompt sa carrière au sens de la loi de redressement du 22 janvier 1985 contenant des dispositions sociales, ce T.C.S. est considéré comme «utilisant» un point, sans toutefois que la subvention correspondante ne soit liquidée conformément à l'article 5. Ladite «utilisation» est réduite au prorata lorsque l'interruption de carrière n'est pas complète ou que l'agent statutaire n'est pas remplacé à temps plein.

§ 3. L'intervention annuelle dans les frais de salaire et de traitement ne peut dépasser le montant annuel obtenu en additionnant le traitement brut du T.C.S., le pécule de vacances, la prime de fin d'année due en vertu de la législation applicable ou des conventions collectives de travail, l'intervention légale de l'employeur dans les frais de transport encourus par le T.C.S. pour se rendre au travail et les cotisations patronales à verser tant à l'Office national de Sécurité sociale qu'à l'assurance contre les accidents du travail et au service de médecine du travail.

§ 4. La subvention est liquidée par le Ministère.

La première liquidation de la subvention intervient sur la base du contrat de travail du T.C.S., à renvoyer au Ministère, les suivantes sur la base des justificatifs de traitement, à renvoyer au Ministère trimestriellement, au plus tard au cours du mois qui suit le terme du trimestre auquel ils se rapportent.

La première tranche provisionnelle correspond au quart de la subvention annuelle maximale calculée conformément aux chapitres IV et V.

Les tranches provisionnelles trimestrielles maximales suivantes correspondent au résultat de la multiplication du quart de la subvention maximale calculée conformément aux chapitres IV et V par une fraction dont le dénominateur est le nombre de jours ouvrables du trimestre précédent suivant le régime de travail applicable et le numérateur le nombre de jours de travail effectifs ou assimilés du trimestre précédent pour lequel l'employeur a liquidé un traitement pendant le contrat de travail.

Au terme d'un délai de deux mois suivant l'année civile à laquelle se rapportent les justificatifs de traitement, le Ministère n'est plus tenu de payer la subvention.

§ 5. L'employeur est obligé d'informer sans délai le Ministère de tout changement intervenu au niveau du régime de travail et de toute intervention publique dans les frais de salaire et de traitement du T.C.S.

§ 6. Les subventions indûment payées sont retenues sur les montants restant dus à l'employeur et récupérées par recommandé.

CHAPITRE IX. — *Suspension de la liquidation*

Art. 20. § 1^{er}. Le Ministre suspend la liquidation de la prime lorsque le pouvoir local :

1° ne permet pas aux membres de son personnel de bénéficier des avantages de l'interruption de carrière instaurée par la loi de redressement du 22 janvier 1985 contenant des dispositions sociales;

2° occupe les T.C.S. à des tâches qui ne relèvent pas du secteur non marchand tel que défini à l'article 1 de l'arrêté royal n° 25 du 24 mars 1982 créant un programme de promotion de l'emploi dans le secteur non marchand;

3° ne respecte pas les dispositions de l'arrêté royal n° 474 relatives aux droits des T.C.S. et de l'arrêté royal du 30 mars 1987 d'exécution de l'article 8 de l'arrêté royal n° 474 du 28 octobre 1986 portant création d'un régime de contractuels subventionnés par l'État auprès de certains pouvoirs locaux;

4° n'informe pas immédiatement le Ministre qu'il bénéficie d'une autre intervention dans les frais salariaux des T.C.S.;

5° ne contracte pas, pour les T.C.S. qu'il occupe, une assurance contre les accidents du travail soit auprès d'une compagnie d'assurances à primes fixes agréée ou auprès d'une caisse commune d'assurances agréée;

6° alors qu'il y est obligé, n'engage pas le nombre minimal de demandeurs d'emploi dans le cadre de la convention de premier emploi, instaurée par le chapitre VIII de la loi du 24 décembre 1999 en vue de la promotion de l'emploi.

§ 2. Le Ministre suspend le paiement de la prime lorsque le pouvoir local n'octroie pas au T.C.S. une rémunération et des conditions de rémunération correspondant au moins au traitement et aux conditions de traitement applicables au personnel statutaire pour un travail identique ou similaire.

CHAPITRE X. — *Dispositions finales*

Art. 21. À l'article 1^{er} de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif aux agents contractuels subventionnés affectés à l'exploitation des parcs à conteneurs, le passage «arrêté de l'Exécutif régional wallon du 13 juin 1991: l'arrêté de l'Exécutif régional wallon du 13 juin 1991 déterminant les critères de répartition des subventions accordées aux pouvoirs locaux occupant des agents contractuels;» est remplacé par «arrêté du Gouvernement de la

Communauté germanophone du 20 décembre 2001 : l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 20 décembre 2001 portant octroi de subventions aux pouvoirs locaux occupant des travailleurs contractuels subventionnés;».

À l'article 3 du même arrêté, le passage «de l'Exécutif régional wallon du 13 juin 1991» est remplacé par «du Gouvernement de la Communauté germanophone du 20 décembre 2001».

Art. 22. Sont abrogés :

1° l'arrêté royal du 29 décembre 1988 étendant le champ d'application de l'arrêté royal n° 474 du 28 octobre 1986 portant création d'un régime de contractuels subventionnés par l'État auprès de certains pouvoirs locaux;

2° l'arrêté de l'Exécutif régional wallon du 13 juin 1991 déterminant les critères de répartition des subventions accordées aux pouvoirs locaux occupant des agents contractuels, modifié par les arrêtés des 3 décembre 1992, 14 janvier 1993, 3 février 1994, 6 octobre 1994, 8 décembre 1994, 30 mars 1995, 11 mai 1995, 31 octobre 1996, 27 janvier 1998, le décret du 5 février 1998 et les arrêtés des 2 avril 1998 et 4 mars 1999.

Art. 23. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2002.

Art. 24. Le Ministre compétent en matière d'Emploi, de Budget et de Finances est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 20 décembre 2001.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,

Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports

K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture et du Tourisme,

B. GENTGES

Le Ministre de la Jeunesse et de la Famille, de la Protection des Monuments, de la Santé et des Affaires sociales

H. NIESSEN

Annexe I

Convention conclue en vertu de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 20 décembre 2001 portant octroi de subventions aux pouvoirs locaux occupant des travailleurs contractuels subventionnés

Utilisation de la dotation de base

Utilisation de la première dotation supplémentaire

Entre :

la Commune de
 représentée par (bourgmestre)
 et (secrétaire communal),
 partie contractante de première part
 et la Communauté germanophone
 représentée par (Ministre compétent en matière d'Emploi),
 partie contractante de seconde part
 et la (les) partie(s) contractante(s) adhérente(s) (établissement),
 représenté(e) par (nom),
 (établissement),
 représenté(e) par (nom),
 (établissement),
 représenté(e) par (nom),

il est,

en application de l'arrêté royal n° 474 du 28 octobre 1986 portant création d'un régime de contractuels subventionnés par l'État auprès de certains pouvoirs locaux ainsi que de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 20 décembre 2001 portant octroi de subventions aux pouvoirs locaux occupant des travailleurs contractuels subventionnés,

convenu ce qui suit :

Article 1^{er}. Conformément à l'article 10, §§ 4 à 7, de l'arrêté précité du 20 décembre 2001, la partie contractante de première part dispose, au titre de dotation de base et de première dotation supplémentaire pour la période de trois ans allant du..... au..... :

- a) dotation de base : points
 - b) première dotation supplémentaire : points
-
- Total : points.

Art. 2. Pour la période précisée, la partie contractante de première part cède à la (aux) partie(s) contractante(s) adhérente(s) reprise(s) ci-dessous les points suivants conformément à l'article 2, §§ 2 et 3 de l'arrêté précité du 20 décembre 2001 :

a)	partie contractante adhérente	(établissement)
		1 ^{re} année	2 ^e année
		3 ^e année	
	points obtenus par cession :
b)	partie contractante adhérente	(établissement)
		1 ^{re} année	2 ^e année
		3 ^e année	
	points obtenus par cession :
c)	partie contractante adhérente	(établissement)
		1 ^{re} année	2 ^e année
		3 ^e année	
	points obtenus par cession :

Art. 3. En raison des points cédés conformément à l'article 2, le nombre maximal de points par employeur est le suivant, sous réserve des obligations imposées par l'article 10, § 7 :

	1 ^{re} année	2 ^e année	3 ^e année	Total bénéficiaires
Commune				
1 ^{re} partie adhérente				
2 ^e partie adhérente				
3 ^e partie adhérente				
Total pour la période				

Art. 4. La partie contractante de première part et la (les) partie(s) contractante(s) adhérente(s) respectent les obligations imposées par les arrêtés susvisés, à savoir l'arrêté royal n° 474 du 28 octobre 1986 et l'arrêté du 20 décembre 2001, et en particulier pour ce qui est de ce dernier arrêté :

- les articles 2, 4, 13, 18 et 19 en matière de gestion du personnel;
- les articles 2, 14 à 19 en matière d'obligations administratives;
- les articles 3, 5 à 10, 13, 16, 19 et 20 en matière de calcul des subventions.

Fait à....., le....., en 7 exemplaires.

Pour la commune de.....

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone

.....
(Bourgmestre)

.....
(Ministre compétent en matière d'Emploi)

.....
(Secrétaire communal)

Pour la partie contractante adhérente

..... (Établissement)

..... (Signature)

Pour la partie contractante adhérente

..... (Établissement)

..... (Signature)

Pour la partie contractante adhérente

..... (Établissement)

..... (Signature)

Vu pour être joint à l'arrêté du 20 décembre 2001 comme annexe I.
Eupen, le 20 décembre 2001.

Le Ministre-Président,
Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,
K.-H. LAMBERTZ

Annexe II

Convention conclue en vertu de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 20 décembre 2001 portant octroi de subventions aux pouvoirs locaux occupant des travailleurs contractuels subventionnés

Utilisation de la deuxième dotation supplémentaire

Utilisation de la dotation pour les zones de police

Entre

le pouvoir local (Dénomination)
 représenté par (Nom)
 (Fonction)
 et par (Nom)
 (Fonction)

partie contractante de première part
 et la Communauté germanophone
 représentée par (Ministre compétent en matière d'Emploi),

partie contractante de seconde part

il est,

en application de l'arrêté royal n° 474 du 28 octobre 1986 portant création d'un régime de contractuels subventionnés par l'État auprès de certains pouvoirs locaux ainsi que de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 20 décembre 2001 portant octroi de subventions aux pouvoirs locaux occupant des travailleurs contractuels subventionnés,

convenu ce qui suit :

Article 1^{er}. En application de l'article 2, § 3, et de l'article 11 de l'arrêté précité du 20 décembre 2001, la partie contractante de première part reçoit une dotation pour le projet d'emploi ci-dessous :

Titre du projet :

Objectif du projet :

Planification (personnel) du projet :

.....

La Communauté germanophone octroie, pour le projet d'emploi susvisé, la dotation maximale suivante aux conditions suivantes :

.....

Art. 2. En application de l'article 2, §§ 4 et 5, et de l'article 12, la partie contractante de première part reçoit pour soutenir le travail administratif et/ou logistique des zones de police la dotation maximale suivante aux conditions suivantes :

.....

Art. 3. La partie contractante de première part respecte les obligations imposées par les arrêtés susvisés, à savoir l'arrêté royal n° 474 du 28 octobre 1986 et l'arrêté du 20 décembre 2001, et en particulier pour ce qui est de ce dernier arrêté :

- les articles 2, 4, 13, 18 et 19 en matière de gestion du personnel;
- les articles 2, 14 et 15, 17 à 19 en matière d'obligations administratives;
- les articles 3, 5 à 9, 11 à 13, 16, 19 et 20 en matière de calcul des subventions.

Fait à....., le....., en 5 exemplaires.

Pour le pouvoir local	Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone
.....
(Dénomination)	(Ministre compétent en matière d'emploi)
(Signature)	
.....	
(Fonction)	
.....	
(Signature)	
.....	
(Fonction)	

Vu pour être joint à l'arrêté du 20 décembre 2001 comme annexe II.
Eupen, le 20 décembre 2001.

Le Ministre-Président,
Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,
K.-H. LAMBERTZ

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2002 — 3683

[C — 2002/33023]

20 DECEMBER 2001. — Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap houdende toekenning van toelagen aan plaatselijke besturen die geco's tewerkstellen

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het koninklijk besluit nr. 474 van 28 oktober 1986 tot opzetting van een stelsel van door de Staat gesubsidieerde contractuelen bij sommige plaatselijke besturen;

Gelet op het programmadecreet van de Raad van het Waalse Gewest van 19 december 1996 houdende verschillende maatregelen inzake financiën, tewerkstelling, milieu, gesubsidieerde werken, huisvesting en sociale actie, inzonderheid op artikel 3;

Gelet op het decreet van de Raad van het Waalse Gewest van 6 mei 1999 betreffende de uitoefening door de Duitstalige Gemeenschap van de bevoegdheden van het Waalse Gewest inzake tewerkstelling en opgravingen;

Gelet op het decreet van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap van 10 mei 1999 betreffende de uitoefening door de Duitstalige Gemeenschap van de bevoegdheden van het Waalse Gewest inzake tewerkstelling en opgravingen;

Gelet op het koninklijk besluit van 29 december 1988 tot verruiming van het toepassingsgebied van het koninklijk besluit nr. 474 van 28 oktober 1986 tot opzetting van een stelsel van door de Staat gesubsidieerde contractuelen bij sommige plaatselijke besturen;

Gelet op het besluit van de Waalse Gewestexecutieve van 13 juni 1991 tot bepaling van de verdelingsmaatstaven van de toelagen die toegekend zijn aan de plaatselijke besturen waar contractuelen te werk zijn gesteld, gewijzigd bij de besluiten van 3 december 1992, 14 januari 1993, 3 februari 1994, 6 oktober 1994, 8 december 1994, 30 maart 1995, 11 mei 1995, 31 oktober 1996, 27 januari 1998, bij het decreet van 5 februari 1998 en de besluiten van 2 april 1998 en 4 maart 1999;

Gelet op het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de gesubsidieerde contractuelen (Geco's) aangesteld voor de exploitatie van containerparken;

Gelet op het advies van de Hoge Raad voor Steden, Gemeenten en Provincies van het Waalse Gewest, gegeven op 10 oktober 2001;

Gelet op het advies van de Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap, gegeven op 15 oktober 2001;

Gelet op het advies van de Inspectie van Financiën, gegeven op 19 december 2001;

Gelet op het akkoord van de Minister bevoegd inzake Financiën en Begroting;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, vervangen bij de wet van 4 juli 1989 en gewijzigd bij de wet van 4 augustus 1996;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende de dwingende noodzaak, de werkgevers en werknemers, in het kader van verscheidene tewerkstellingsbevorderende maatregelen voor plaatselijke besturen, de voorwaarden en modaliteiten voor de erkenning en subsidiëring van deze maatregelen door de Duitstalige Gemeenschap vóór het begin van het kalenderjaar 2002 bindend mede te delen, daar de oorspronkelijk door het Waalse Gewest geformuleerde voorwaarden en modaliteiten op 31 december 2001 ongeldig worden en dat de ministeriële toestemming voor de eruit voortvloeiende projecten derhalve op deze datum vervalft;

Op de voordracht van de Minister-Président van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK I. — *Definities*

Artikel 1. Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder :

1° het Ministerie : het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, Afdeling «Vorming, Werkgelegenheid en Europese programma's»;

2° de Minister : de Minister van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd inzake Werkgelegenheid;

- 3° de Dienst voor arbeidsbemiddeling : de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap;
- 4° het koninklijk besluit nr. 474 : het koninklijk besluit nr. 474 van 28 oktober 1986 tot opzetting van een stelsel van door de Staat gesubsidieerde contractuelen bij sommige plaatselijke besturen;
- 5° het koninklijk besluit : het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering;
- 6° het plaatselijk bestuur : het bestuur dat onder het toepassingsgebied van artikel 1 van het koninklijk besluit nr. 474 valt, alsmede de meergemeentenzone van de lokale politie met toepassing van artikel 9 van de wet van 7 december 1998 tot organisatie van een geïntegreerde politiedienst, gestructureerd op twee niveaus;
- 7° de geco's : de in artikel 2, lid 2, van het koninklijk besluit nr. 474 gedefinieerde contractuele werknemers.

HOOFDSTUK II. — *Bestemming*

Art. 2. § 1. Binnen de perken van de overeenkomstig artikel 10 vastgelegde begrotingsmiddelen van de Duitstalige Gemeenschap kunnen de gemeenten van de Duitstalige Gemeenschap, door middel van een overeenkomst afgesloten tussen een gemeente enerzijds en de Minister anderzijds, een tegemoetkoming in de loon- en weddekosten verkrijgen voor de tewerkstelling van de geco's bepaald in hoofdstuk III.

§ 2. Het maximaal aantal voltijdsequivalente geco's per gemeente, overeenkomstig artikel 10, §§ 2 tot 5, in punten vastgelegd, staat ter beschikking van de gemeenten met het oog op de al dan niet gehele overdracht aan andere plaatselijke besturen die op het gebied van de gemeente of voor haar werkzaam zijn. Deze overdracht wordt vastgesteld in de overeenkomst waarin § 1 voorziet.

Deze overdracht betreft bovendien alle rechten en plichten van de gemeente voortvloeiend uit de toepassing van dit besluit en van artikel 2, lid 3, artikel 3, lid 3, artikel 4, §§ 1 en 3, artikel 5, § 2, lid 2, alsmede van de artikelen 6 tot 8 van het koninklijk besluit nr. 474.

§ 3. Binnen de perken van de overeenkomstig artikel 11 vastgelegde begrotingsmiddelen van de Duitstalige Gemeenschap kunnen de plaatselijke besturen die in de Duitstalige Gemeenschap gevestigd zijn, door middel van een overeenkomst afgesloten met de Minister, een tegemoetkoming in de loon- en weddekosten overeenkomstig artikel 11 verkrijgen voor de geco's die als personeel of als coördinatiepersoneel in het kader van specifieke tewerkstellingsprojecten in dienst genomen worden.

§ 4. Binnen de perken van de overeenkomstig artikel 12 vastgelegde begrotingsmiddelen van de Duitstalige Gemeenschap kunnen de meergemeentenzones van de lokale politie die in de Duitstalige Gemeenschap gevestigd zijn, door middel van een overeenkomst afgesloten met de Minister, een tegemoetkoming in de loon- en weddekosten overeenkomstig artikel 12 verkrijgen voor de geco's die in het kader van het administratief en logistiek werk van de politiezones in dienst genomen worden.

§ 5. De meergemeentenzones van de lokale politie mogen het recht op een tegemoetkoming in de loon- en weddekosten, geopend bij § 2, slechts voor de werknemers genieten die overeenkomstig artikel 118 van de wet van 7 december 1998 tot organisatie van een geïntegreerde politiedienst, gestructureerd op twee niveaus niet tot het statutair administratief of logistisch personeel behoren.

HOOFDSTUK III. — *De geco's*

Art. 3. Kunnen geco-banen bezetten de volledig uitkeringsgerechtigde werklozen die voor elke weekdag werkloosheids- of wachttuitkeringen genieten, en de met hen gelijkgestelde personen, met name :

- 1° de werklozen bedoeld in artikel 30, lid 3, 7°, en in artikel 42, § 2, 9°, van het koninklijk besluit;
- 2° de deeltijdse werklozen bedoeld in artikel 29 van het koninklijk besluit;
- 3° de werklozen die voorlopig werkloosheidsuitkeringen ontvangen;
- 4° de werknemers die in een onderneming voor aangepast werk tewerkgesteld zijn en de werknemers die in dezelfde ondernemingen tewerkgesteld zijn overeenkomstig artikel 78 van het koninklijk besluit;
- 5° de rechthebbenden op een inkomensvervangende of integratietegemoetkoming overeenkomstig de wet van 27 februari 1987 betreffende de tegemoetkomingen aan gehandicapten;
- 6° de werklozen van wie het recht op werkloosheidsuitkeringen geschorst is overeenkomstig de artikelen 80 tot 88 van het koninklijk besluit;
- 7° de werklozen bedoeld in de artikelen 89 of 90 van het koninklijk besluit;
- 8° de volledig uitkeringsgerechtigde werklozen die een door de Dienst voor arbeidsbemiddeling, het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's of door de Dienst voor de personen met een handicap georganiseerde of erkende beroepsopleiding volgen;
- 9° de rechthebbenden op het bestaansminimum bedoeld in de wet van 7 augustus 1974 tot instelling van het recht op een bestaansminimum, alsook de werknemers tewerkgesteld in het kader van de artikelen 60, § 7, en 61, van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn;
- 10° de rechthebbenden op sociale hulp die wegens hun nationaliteit geen recht hebben op het bestaansminimum en ingeschreven zijn in het bevolkingsregister of in het vreemdelingenregister;
- 11° de werknemers tewerkgesteld in het derde arbeidscircuit;
- 12° de werknemers tewerkgesteld in het kader van het koninklijk besluit nr. 258 van 31 december 1983 betreffende de indienstneming van werklozen voor bepaalde bijstandsprojecten ten behoeve van kleine en middelgrote ondernemingen;
- 13° de werknemers tewerkgesteld als geco's;
- 14° de werknemers tewerkgesteld in het kader van het Interdepartementaal begrotingsfonds ter bevordering van de werkgelegenheid in de niet-commerciële sector;
- 15° de werknemers tewerkgesteld in het kader van het decreet van 19 mei 1994 betreffende de indienstneming van werklozen voor bepaalde projecten ten bate van kleine en middelgrote ondernemingen;
- 16° de werknemers tewerkgesteld overeenkomstig het decreet van 18 juli 1997 houdende creatie van een doorstromingsprogramma, alsmede de werknemers die in dienst genomen worden met toepassing van het koninklijk besluit van 14 oktober 1998 tot wijziging van het koninklijk besluit van 30 maart 1998 houdende regeling van de tegemoetkoming in de loonkosten voor de werknemers van gemeenten behorend tot het Duitse taalgebied, tewerkgesteld in het kader van een doorstromingsprogramma;

17° de werknemers tewerkgesteld in het kader van het decreet van 31 mei 1990 houdende instelling van een programma tot bevordering van de werkgelegenheid dat speciaal bestemd is voor langdurige werklozen in de niet-commerciële sector;

18° de werknemers tewerkgesteld in het kader van de startbaanovereenkomst, ingevoerd bij hoofdstuk VIII van de wet van 24 december 1999 ter bevordering van de werkgelegenheid.

De rechtspositie van de personen bedoeld in het eerste lid op de dag vóór de uitvoering van het verdrag wordt in aanmerking genomen.

Wordt het verdrag van de ge-co zonder onderbreking uitgevoerd wegens opeenvolgende arbeidsovereenkomsten die bij dezelfde werkgever voor een gelijkwaardige taak gesloten zijn, dan moeten de voorwaarden bepaald in het eerste lid en waaraan de ge-co moet voldoen, op de dag vóór de eerste uitvoering van het verdrag na 31 december 2001 vervuld zijn.

Art. 4. De ge-co's, behalve degenen bedoeld in artikel 7, lid 1, 4°, worden bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling als werkzoekenden ingeschreven. Zij hebben het recht, met behoud van hun wedde, van hun werkplaats afwezig te zijn om in te gaan op werkaanbiedingen. Zij zijn er echter toe verplicht een attest van de mogelijke werkgever in te dienen waarop datum en tijdstip van het gesprek vermeld zijn.

Het afwezigheidsrecht bedoeld in vorig lid mag één of twee keer per week gebruikt worden, voor zover de totale duur van de afwezigheden op één week de duur van een werkdag niet overschrijdt.

HOOFDSTUK III.— *Toelagen*

Art. 5. Binnen de perken van de te dien einde door de Duitstalige Gemeenschap vrijgestelde begrotingsmiddelen bedraagt de maximale jaarlijkse toelage € 5.100 per voltijdsequivalent voor de tewerkstelling van een ge-co die aan de voorwaarden bepaald in artikel 3 voldoet.

Art. 6. Binnen de perken van de te dien einde door de Duitstalige Gemeenschap vrijgestelde begrotingsmiddelen bedraagt de maximale jaarlijkse toelage € 10.200 per voltijdsequivalent voor de tewerkstelling van een ge-co die aan de voorwaarden van artikel 3 beantwoordt en

1° op de dag vóór zijn indiensttreding ten minste 12 maanden lang zonder onderbreking volledig uitkeringsgerechtigde werkloze was;

2° op de dag vóór zijn indiensttreding ten minste 9 maanden lang zonder onderbreking bestaansminimumtrekker of bijstandsgerechtigde was;

3° op de dag vóór zijn indiensttreding ten minste 45 jaar oud is en ten minste 6 maanden lang zonder onderbreking volledig uitkeringsgerechtigde werkloze was;

4° op de dag vóór zijn indiensttreding ten minste 12 maanden lang in het kader van de tewerkstellingsbevorderende maatregel bedoeld in artikel 3, 16°, zonder onderbreking tewerkgesteld was;

5° op de dag vóór de verlenging van zijn tewerkstelling ge-co was in het kader van het besluit van de Waalse Gewestexecutieve van 13 juni 1991 tot bepaling van de verdelingsmaatstaven van de toelagen die toegekend zijn aan de plaatselijke besturen waar contractuelen te werk zijn gesteld, en voor de tewerkstelling van wie het plaatselijk bestuur met toepassing van hetzelfde besluit 2 punten gebruikte.

De jaarlijkse toelage toegekend op basis van de voorwaarde bepaald in het vorige lid onder punt 5° mag slechts voor één arbeidsovereenkomst op de hele loopbaan van de werknemer gelden.

Voor de toepassing van vorig lid mogen twee vóór 31 december 2001 tegelijk lopende arbeidsovereenkomsten voor een deeltijdse betrekking in totaal ten hoogste voor één voltijdsequivalent gelden.

Art. 7. Binnen de perken van de te dien einde door de Duitstalige Gemeenschap vrijgestelde begrotingsmiddelen bedraagt de maximale jaarlijkse toelage € 15.300 per voltijdsequivalent voor de tewerkstelling van een ge-co die aan de voorwaarden van artikel 3 beantwoordt en

1° op de dag vóór zijn indiensttreding ten minste 36 maanden lang zonder onderbreking volledig uitkeringsgerechtigde werkloze was;

2° op de dag vóór zijn indiensttreding ten minste 18 maanden lang zonder onderbreking bestaansminimumtrekker of bijstandsgerechtigde was;

3° op de dag vóór zijn indiensttreding ten minste 45 jaar oud is en ten minste 12 maanden lang zonder onderbreking volledig uitkeringsgerechtigde werkloze was;

4° op de dag vóór zijn indiensttreding ten minste 55 jaar oud is en ten minste 6 maanden lang zonder onderbreking volledig uitkeringsgerechtigde werkloze was;

5° op de dag vóór de verlenging van zijn tewerkstelling ge-co was in het kader van het besluit van de Waalse Gewestexecutieve van 13 juni 1991 tot bepaling van de verdelingsmaatstaven van de toelagen die toegekend zijn aan de plaatselijke besturen waar contractuelen te werk zijn gesteld, en voor de tewerkstelling van wie het plaatselijk bestuur met toepassing van hetzelfde besluit 3 punten gebruikte.

De jaarlijkse toelage toegekend op basis van de voorwaarde bepaald in het vorige lid onder punt 5° mag slechts voor één arbeidsovereenkomst op de hele loopbaan van de werknemer gelden.

Voor de toepassing van vorig lid mogen twee vóór 31 december 2001 tegelijk lopende arbeidsovereenkomsten voor een deeltijdse betrekking in totaal ten hoogste voor één voltijdsequivalent gelden.

Art. 8. Voor de toepassing van de artikelen 6 en 7 geldt als volledig uitkeringsgerechtigde werkloze degene die niet door een arbeidsovereenkomst gebonden is en zonder onderbreking voor elke werkdag, met uitzondering van zondag, werkloosheids- of wachttuitkeringen geniet.

Volgende periodes gelden niet als «onderbrekingsperiodes», wat de uitbetaling van de in de artikelen 6 en 7 bepaalde prestaties ten laste van de Rijksdienst voor Arbeidsvoorziening betreft :

1° de periodes waarvoor een uitkering werd betaald overeenkomstig de wettelijke of reglementaire bepalingen betreffende de verplichte ziekte- en invaliditeitsverzekering;

2° de periodes van hechtenis of gevangenzitting;

3° de andere onderbrekingen met een maximale duur van minder dan drie volledige maanden, met inbegrip van de periodes van tewerkstelling;

4° de periodes waarvoor het bestaansminimum met toepassing van de wet van 7 augustus 1974 tot instelling van het recht op een bestaansminimum uitbetaald werd;

5° de periodes waarvoor de sociale hulp uitbetaald werd aan personen die wegens hun nationaliteit geen recht hebben op het bestaansminimum en ingeschreven zijn in het bevolkingsregister of in het vreemdelingenregister.

De periodes waarvoor de prestaties bedoeld in lid 1 ten laste van de Rijksdienst voor Arbeidsvoorziening uitbetaald werden en de periodes bepaald onder de punten 1° tot 3° van vorig lid gelden niet als onderbrekingsperiodes voor de in de artikelen 6 en 7 bepaalde rechthebbenden op het bestaansminimum of op de sociale hulp.

Voor de toepassing van voorliggend artikel worden de activiteiten uitgeoefend door de volledig uitkeringsgerechtigde werklozen ofwel krachtens de artikelen 78 resp. 79 van het koninklijk besluit in een beschut werkplaats of een voor de toepassing van artikel 78 van het koninklijk besluit ermee gelijkgestelde instelling ofwel in een Plaatselijke Werkgelegenheidsagentschap niet beschouwd als activiteiten uitgevoerd in het kader van een arbeidsovereenkomst.

Art. 9. § 1. Bij deeltijdse indienstneming worden de in de artikelen 5, 6, lid 1, 7, lid 1 en 11, § 1, lid 1, bepaalde bedragen naar rato van de arbeidsduur van de geco verminderd.

§ 2. - Vanaf 1 januari 2003 mogen de in de artikelen 5, 6, lid 1, 7, lid 1 en 11, § 1, lid 1, bepaalde bedragen jaarlijks op 1 januari door de Minister worden gekoppeld aan de ontwikkeling van het gezondheidsindex van de maand november van de laatste 2 jaar (basis 1996).

§ 3. - De Regering kan de bedragen bepaald in de artikelen 5, 6, lid 1, 7, lid 1 en 11, § 1, lid 1, van voorliggend besluit met een coëfficiënt vermenigvuldigen om ze aan de door de Duitstalige Gemeenschap vrijgestelde begrotingskredieten aan te passen.

HOOFDSTUK V. — Vastlegging van het aantal voltijdsequivalente geco-banen

Art. 10. § 1. Per voltijdsequivalent wordt de tegemoetkoming in de loon- en weddekosten van de geco's, behalve het coördinatiepersoneel van de bijkomende dotatie voor specifieke projecten, voor elke gemeente vastgelegd naargelang de haar toegekende punten, waarbij

- a) het bedrag bepaald in artikel 5 voor 1 punt geldt;
- b) het bedrag bepaald in artikel 6 voor 2 punten geldt;
- c) het bedrag bepaald in artikel 7 voor 3 punten geldt.

§ 2. De gemeenten verkrijgen punten in het kader van :

a) een basisdotatie voor de berekening waarvan het aantal punten dat op het gemeentelijk vlak in het jaar 2000 werkelijk gebruikt werd, als basis dient. Vanaf 1 januari 2002 wordt de basisdotatie door de Regering van de Duitstalige Gemeenschap op een driejaarlijkse ritme vastgelegd;

b) een eerste bijkomende dotatie die voor elke gemeente resulteert uit de verhouding tussen enerzijds de volgende parameters : het bevolkingscijfer, het aantal bestaansminimumtrekkers en het aantal werklozen en anderzijds het totaal aantal personen die in de Duitstalige Gemeenschap de criteria van de verschillende parameters vervullen.

§ 3. Voor de periode tussen 1 januari 2002 en 31 december 2004 wordt een totaal aantal van 356 punten - als basisdotatie - ter beschikking van de gemeenten van de Duitstalige Gemeenschap gesteld; deze punten worden tussen de gemeenten verdeeld naargelang het door of voor deze gemeenten in het jaar 2000 werkelijk gebruikt aantal punten.

De punten van een gemeente die door overdracht aan andere plaatselijke besturen gebruikt worden, worden de betrokken gemeenten toegekend op voorwaarde dat zij voor het behoud van de door de verkrijgers gebruikte punten zorgen, indien deze verkrijgers op het ogenblik van de indiening van de overeenkomst bij het Ministerie niets anders hebben bepaald.

§ 4. Voor de periode tussen 1 januari 2002 en 31 december 2004 bedraagt het overeenkomstig § 3 per gemeente toegekend aantal punten :

Amel	14 punten
Büllingen	28
Burg-Reuland	16
Bütgenbach	28
Sankt-Vith	46
Eupen	108
Kelmis	51
Lontzen	21
<u>Raeren</u>	<u>44</u>
Totaal	356 punten

§ 5. Wat de eerste bijkomende dotatie betreft, wordt een bijkomend aantal punten dat door de Regering van de Duitstalige Gemeenschap - binnen de perken van de ter hare beschikking gestelde begrotingskredieten - per gemeente vastgelegd wordt, met toepassing van de volgende parameters, in verhouding tot het totaal aantal personen die in de Duitstalige Gemeenschap de criteria van de verschillende parameters vervullen, onder de gemeenten verdeeld.

Het bijkomend aantal punten wordt op basis van de volgende verdelingscriteria toegekend die dezelfde weging hebben :

a) de bevolkingsgraad, d.w.z. de verhouding tussen het bevolkingscijfer van de gemeente en de gezamenlijke bevolking van de Duitstalige Gemeenschap;

b) de graad van de bestaansminimumtrekkers, d.w.z. de verhouding tussen het aantal bestaansminimumtrekkers van de gemeente en het globaal aantal bestaansminimumtrekkers van de Duitstalige Gemeenschap;

c) de werkloosheidsgraad, d.w.z. de verhouding tussen het aantal niet-tewerkgestelden, bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap als werkzoekenden ingeschreven, en het globaal aantal van deze werkzoekenden in de Duitstalige Gemeenschap.

Deze verdelingscriteria worden op basis van de statistieken van het Nationaal Instituut voor de Statistiek (stand op 1 januari van het voorlaatste kalenderjaar vóór de nieuwe driejarige overeenkomst), van de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap resp. van het Ministerie van Sociale Zaken, Volksgezondheid en Leefmilieu (stand op 31 december van het voorlaatste kalenderjaar vóór de nieuwe driejarige overeenkomst) vastgelegd.

Voor elke percentage-eenheid die door een gemeente voor elk in § 5 a), b), c) opgenomen verdelingscriterium bereikt wordt, verkrijgt die gemeente 1/300 van het totaal aantal punten van de eerste bijkomende dotatie.

Voor de periode tussen 1 januari 2002 en 31 december 2004 bedragen de overeenkomstig lid 2 vastgelegde percentages :

Gemeente	Aandeel naargelang van de bevolkingsgraad (stand op 1 januari 2000)	Aandeel naargelang de werkloosheidsgraad (stand op 31 december 2000)	Aandeel naargelang de bestaansminimumtrekkers (stand op 31 december 2000)
Amel	7,16	4,02	2,22
Büllingen	7,46	3,62	3,45
Burg-Reuland	5,35	3,02	0,74
Bütgenbach	7,84	4,72	1,48
Sankt-Vith	12,62	8,62	4,68
Eupen	24,73	35,68	49,26
Kelmis	14,29	20,08	27,09
Lontzen	7,07	7,87	3,94
Raeren	13,48	12,37	7,14
Totaal	100 %	100 %	100 %

§ 6. Voor de periode tussen 1 januari 2002 en 31 december 2004 wordt het bijkomende aantal punten dat in het kader van de eerste bijkomende dotatie ter beschikking wordt gesteld, op 30 per jaar vastgelegd.

§ 7. Om een effect op de tewerkstelling van bestaansminimumtrekkers te bereiken wordt de verdeling van de eerste bijkomende dotatie echter afhankelijk gemaakt van een minimaal jaarlijks engagement van de gemeente op het vlak van de indienstneming van personen in het kader van artikel 60, § 7, van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn.

Dit minimaal jaarlijks engagement belooft in effectief gebruikte voltijdsequivalenten een contingent van 5% in verhouding tot het aantal bestaansminimumtrekkers van de gemeente, waarbij de situatie op 31 december van het voorlaatste jaar vóór de toepassing van het betrokken jaarlijks minimaal engagement in aanmerking wordt genomen; het resultaat wordt naar de hogere eenheid afgerond, als de eerste decimaal ten minste 5 belooft.

Onafhankelijk van deze berekeningswijze belooft bovenvermeld contingent ten minste één door de gemeente effectief gebruikte voltijdsequivalent.

Art. 11. § 1. Binnen de perken van de te dien einde beschikbare begrotingsmiddelen kan de Minister de plaatselijke besturen een bijkomende dotatie voor specifieke projecten toekennen. Deze tweede bijkomende dotatie mag voor de indienstneming van geco's als personeel of coördinatiepersoneel dienen, voor zover in de tussen de Minister en het plaatselijk bestuur afgesloten overeenkomst vermeld wordt dat men, naargelang de vereisten van het project, houder moet zijn van een diploma of eindgetuigschrift overeenstemmend met het uit te oefenen ambt ofwel een dienovereenkomstige beroepservaring kan bewijzen.

Voor de geco's tewerkgesteld in het kader van een project die niet voor coördinatie taken aangesteld worden, gelden de voeten vastgelegd krachtens de artikelen 5 tot 7. Voor de geco's tewerkgesteld als coördinatiepersoneel in het kader van dit project kan een bedrag van € 17.400 per voltijdsequivalent toegekend worden als maximale jaarlijkse tegemoetkoming in de loon- en weddekosten.

De in het eerste lid bedoelde maximale tegemoetkoming mag slechts voor geco's dienen die tewerkgesteld worden voor projecten die aan een sociale behoefte beantwoorden, de solidariteit bevorderen, de sociale uitsluiting van personen voorkomen of tot de verbetering van de levenskwaliteit bijdragen.

Worden o.a. geacht deze criteria te vervullen :

- a) projecten m.b.t. het onthaal van kinderen van 0 tot 3 jaar tijdens de werkuren van de ouders;
- b) projecten m.b.t. het onthaal van kinderen van 3 tot 12 jaar na de schooluren, op feestdagen en tijdens de schoolvakanties;
- c) projecten die contacten tussen de generaties bevorderen;
- d) projecten m.b.t. de hulp aan de gehandicapten en bejaarden;
- e) projecten m.b.t. de bestrijding van de xenofobie;
- f) projecten m.b.t. de duurzame en milieuvriendelijke ontwikkeling, met uitzondering van de containerparken;
- g) projecten uitgevoerd in het kader van het algemeen sociaal plan;
- h) projecten uitgevoerd in het kader van het gemeentelijk plan m.b.t. de werkgelegenheid.

Voor de geco's tewerkgesteld voor projecten uitgevoerd in het kader van het algemeen sociaal plan of van het gemeentelijk plan m.b.t. de werkgelegenheid is de toelage tot 1 punt per voltijdsequivalent beperkt.

§ 2. Als tweede bijkomende dotatie wordt een bijkomend aantal punten dat de Regering van de Duitstalige Gemeenschap binnen de perken van de ter hare beschikking gestelde begrotingskredieten vastlegt, met het oog op specifieke tewerkstellingsprojecten verdeeld.

§ 3. De punten van de tweede bijkomende dotatie worden toegekend op basis van de evaluatie van de projecten op grond van de volgende criteria :

- a) de dekkingsgraad van de sociale behoeften in de Duitstalige Gemeenschap;
- b) de aspecten van het project die op het sociaal en professioneel vlak kwalificerend zijn;

- c) de inachtneming van de principes van een duurzame ontwikkeling;
- d) de naleving door de werkgever van de financiële verplichtingen t.o.v. de Rijksdienst voor sociale Zekerheid van de Provinciale en Plaatselijke Overheidsdiensten, de openbare besturen in het algemeen en de Europese Unie;
- e) de toestand op de arbeidsmarkt in de Duitstalige Gemeenschap;
- f) de prioriteitsorde van de projecten die op basis van de onder a) en e) vermelde criteria moet worden vastgelegd binnen de perken van de te dien einde door de Duitstalige Gemeenschap vrijgestelde begrotingskredieten.

Art. 12. Naast de punten die overeenkomstig artikel 2, § 2, door de verschillende lid-gemeenten overgedragen worden en de punten die overeenkomstig artikel 2, § 3, voor specifieke tewerkstellingsprojecten toegekend worden, mogen de meergemeentenzones van de lokale politie een bijkomende dotatie verkrijgen voor de tewerkstelling van geco's om het administratief en/of logistisch werk van de politiezones te ondersteunen.

De meergemeentezone van de lokale politie die de gemeenten Amel, Büllingen, Burg-Reuland, Bütgenbach en Sankt Vith omvat, mag tot 2 punten per jaar vragen.

De meergemeentezone van de lokale politie die de gemeenten Eupen, Kelmis, Lontzen en Raeren omvat, mag tot 3,5 punten per jaar vragen.

De aanvragen kunnen voor een hernieuwbare termijn van ten hoogste 3 jaar goedgekeurd worden.

HOOFDSTUK VI. — *Cumulatie en vermindering van het aantal punten*

Art. 13. § 1. Om een effect op de tewerkstelling te bereiken, mogen de punten toegekend als tweede bijkomende dotatie niet gecumuleerd worden met de punten toegekend voor één en dezelfde geco in het kader van de basisdotatie en van de eerste bijkomende dotatie.

§ 2. Het plaatselijk bestuur gebruikt geen punt, als het geco's tewerkstelt in het kader van het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de gesubsidieerde contractuelen (Geco's) aangesteld voor de exploitatie van containerparken.

§ 3. Voor de vanaf 1 januari 2005 afgesloten overeenkomsten en voor duur van de betrokken overeenkomsten, vastgelegd overeenkomstig artikel 14, wordt het overeenkomstig hoofdstuk V toegekend aantal punten verminderd, indien de gemeente of het ander plaatselijk bestuur tijdens de drie kalenderjaren vóór het laatste geldigheidsjaar van de laatste overeenkomst het totaal gemiddeld personeelsbestand, in voltijdsequivalenten uitgedrukt, niet ten minste op zijn niveau van het jaar 2000 gehandhaafd heeft.

Indien het totaal gemiddeld personeelsbestand, in voltijdsequivalenten uitgedrukt, lager ligt, dan worden de overeenkomstig de basisdotatie of de eerste bijkomende dotatie vastgelegde punten met een dienovereenkomstig percentage verminderd.

Indien het gemiddeld statutair personeelsbestand, in voltijdsequivalenten uitgedrukt, hoger ligt, dan wordt de in vorig lid bedoelde vermindering beperkt tot het verschil tussen het in vorig lid bedoelde percentage en het tweevoud van het percentage waarmee het gemiddeld statutair personeelsbestand, in voltijdsequivalenten uitgedrukt, toenam.

Het totaal gemiddeld personeelsbestand, in voltijdsequivalenten uitgedrukt, wordt berekend over de drie kalenderjaren vóór het laatste geldigheidsjaar van de laatste overeenkomst, op basis van de gegevens van de driemaandelijke statistieken, zoals medegedeeld aan de Rijksdienst voor Sociale Zekerheid van de Provinciale en Plaatselijke Overheidsdiensten.

Volgende personen worden niet in aanmerking genomen voor de bovenvermelde berekening :

- 1° het onderwijzend personeel;
- 2° het personeel dat met toepassing van de startbaanovereenkomst, ingevoerd bij hoofdstuk VIII van de wet van 24 december 1999 ter bevordering van de werkgelegenheid tewerkgesteld is;
- 3° de werknemers tewerkgesteld overeenkomstig het decreet van 18 juli 1997 houdende creatie van een doorstromingsprogramma, alsmede de werknemers die in dienst genomen worden met toepassing van het koninklijk besluit van 14 oktober 1998 tot wijziging van het koninklijk besluit van 30 maart 1998 houdende regeling van de tegemoetkoming in de loonkosten voor de werknemers van gemeenten behorend tot het Duitse taalgebied, tewerkgesteld in het kader van een doorstromingsprogramma;
- 4° de geco's;
- 5° de bestaansminimumtrekkers die overeenkomstig artikel 60, § 7, van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn tewerkgesteld zijn;
- 6° het ziekenhuispersoneel;
- 7° de vrijwillige brandweerlieden;
- 8° het personeel opgenomen in het operationeel kader en in het administratief en het logistisch kader van de zones van de lokale politie.

Indien slechts de tweede bijkomende dotatie voor één of twee jaar aan een plaatselijk bestuur wordt toegekend, dan wordt het totaal gemiddeld personeelsbestand, in voltijdsequivalenten uitgedrukt, berekend over één, twee of drie kalenderjaren vóór het laatste geldigheidsjaar van de laatste overeenkomst, op basis van de gegevens van de driemaandelijke statistieken, zoals medegedeeld aan de Rijksdienst voor Sociale Zekerheid van de Provinciale en Plaatselijke Overheidsdiensten, met uitzondering van het in § 3, lid 5, 1° tot 8°, vermeld personeel.

HOOFDSTUK VII. — *Procedure*

Art. 14. § 1. De overeenkomsten bedoeld in artikel 2, § 1, gelden voor een hernieuwbare termijn van drie jaar en stemmen overeen met het model opgenomen in de bijlage I.

§ 2. De overeenkomsten bedoeld in artikel 2, §§ 3 en 4, gelden voor drie jaar en stemmen overeen met het model opgenomen in de bijlage II.

Art. 15. § 1. In afwijking van artikel 14 en mits inachtneming van de procedure bepaald in de §§ 2 tot 4 alsmede in artikel 17 mogen de overeenkomsten één keer per jaar op verzoek van de gemeente, ingediend ten minste drie maanden vóór de teldag 1 februari, gewijzigd worden met het oog op de overdracht van de punten van de gemeente naar de andere plaatselijke besturen.

§ 2. Ten laatste drie maanden voor het aflopen van de bestaande overeenkomst dient de gemeente bij het Ministerie het ontwerp van de overeenkomst in op het op verzoek door het Ministerie toegezonden formulier.

§ 3. Vóór de toezending aan de gemeente vermeldt het Ministerie het maximaal aantal geco's overeenkomstig de in artikel 10 opgenomen criteria.

§ 4. In afwijking van § 2 moeten de aanvragen met het oog op het afsluiten van de overeenkomsten voor de jaren 2002 tot 2004 ten laatste op 31 maart 2002 ingediend worden.

Art. 16. § 1. Voor zover de verkrijger van de overgedragen punten op het ogenblik van de indiening van de overeenkomst bij het Ministerie niets anders heeft bepaald, betreffen de in artikel 2, § 1, bedoelde overeenkomsten tussen de gemeenten en andere plaatselijke besturen en de Minister in elk geval :

1° de overdracht van de punten door de gemeenten aan de andere plaatselijke besturen met het oog op het behoud door deze laatsten van de punten gebruikt krachtens het besluit van de Waalse Gewestexecutieve van 13 juni 1991 tot bepaling van de verdelingsmaatstaven van de toelagen die toegekend zijn aan de plaatselijke besturen waar contractuelen te werk zijn gesteld, en dit binnen de perken van het aan de verschillende gemeenten overeenkomstig artikel 10 toegekend maximaal aantal geco-banen;

2° de punten die bovenop, overeenkomstig artikel 2, § 1, door de verschillende gemeenten overgedragen worden aan de plaatselijke besturen die op hun gebied werkzaam zijn.

§ 2. Om een beroep te kunnen doen op de punten die een gemeente vanaf 1 januari 2005 aan een ander plaatselijk bestuur overdraagt, moet de verkrijger van de overgedragen punten tijdens het kalenderjaar, de twee of de drie kalenderjaren vóór het laatste geldigheidsjaar van de laatste overeenkomst - naargelang deze overeenkomstig de artikelen 14, § 1 en 15, § 1, één, twee of drie jaar duurt - ten minste het gemiddeld totaal personeelsbestand, uitgedrukt in voltijdsequivalenten, op zijn niveau van het jaar 2000 gehandhaafd hebben.

Indien het totaal gemiddeld personeelsbestand, in voltijdsequivalenten uitgedrukt, lager ligt, dan wordt het aantal punten waarop een beroep kan worden gedaan met een dienovereenkomstig percentage verminderd.

Indien het gemiddeld statutair personeelsbestand, in voltijdsequivalenten uitgedrukt, hoger ligt, dan wordt de in vorig lid bedoelde vermindering beperkt tot het verschil tussen het in vorig lid bedoelde percentage en het tweevoud van het percentage waarmee het gemiddeld statutair personeelsbestand, in voltijdsequivalenten uitgedrukt, toenam.

Naargelang de duur van de laatste overeenkomst wordt het totaal gemiddeld personeelsbestand, in voltijdsequivalenten uitgedrukt, berekend over één, twee of drie kalenderjaren vóór het laatste geldigheidsjaar van de laatste overeenkomst, op basis van de gegevens van de driemaandelijke statistieken, zoals medegedeeld aan de Rijksdienst voor Sociale Zekerheid van de Provinciale en Plaatselijke Overheidsdiensten, met uitzondering van :

1° het personeel dat met toepassing van de startbaanovereenkomst, ingevoerd bij hoofdstuk VIII van de wet van 24 december 1999 ter bevordering van de werkgelegenheid tewerkgesteld is;

2° de werknemers tewerkgesteld overeenkomstig het decreet van 18 juli 1997 houdende creatie van een doorstromingsprogramma, alsmede de werknemers die in dienst genomen worden met toepassing van het koninklijk besluit van 14 oktober 1998 tot wijziging van het koninklijk besluit van 30 maart 1998 houdende regeling van de tegemoetkoming in de loonkosten voor de werknemers van gemeenten behorend tot het Duitse taalgebied, tewerkgesteld in het kader van een doorstromingsprogramma;

3° de geco's;

4° de bestaansminimumtrekkers die overeenkomstig artikel 60, § 7, van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn tewerkgesteld zijn;

5° het ziekenhuispersoneel.

Art. 17. Nadat het Ministerie de overeenkomst, die nog als ontwerp te beschouwen is, heeft gecontroleerd, beslist de Minister over het afsluiten van de overeenkomst.

De tweede bijkomende dotatie voor specifieke projecten wordt goed- of afgekeurd door de Minister op basis van een door het Ministerie uitgebracht advies. Dit advies wordt afgegeven met inachtneming van de criteria opgenomen in artikel 11.

Elke verdragsluitende partij krijgt zijdens het Ministerie een exemplaar van de overeenkomst. De Dienst voor arbeidsbemiddeling krijgt een afschrift zijdens het Ministerie.

Art. 18. De gemeenten en de andere plaatselijke besturen die geco's op basis van hen toegekende of overgedragen punten in dienst wensen te nemen, vragen om de toelagen bij het Ministerie door middel van het ter hunne beschikking gesteld formulier.

De werkgever dient het Ministerie een attest van de Dienst voor arbeidsbemiddeling toe te zenden om te bewijzen dat er voldaan is aan de voorwaarden die de geco's-kandidaten overeenkomstig hoofdstuk III op de dag vóór hun indiening moeten vervullen.

HOOFDSTUK VIII. — *Subsidiëringsmodaliteiten*

Art. 19. § 1. Overeenkomstig artikel 5, § 2, lid 2, van het koninklijk besluit nr. 474 mag de geco geen betrekking bezetten die met toepassing van een wet, decreet of besluit kan worden gesubsidieerd.

§ 2. Indien een geco een statutaire beambte vervangt die zijn loopbaan overeenkomstig de herstellwet van 22 januari 1985 houdende sociale bepalingen onderbreekt, geldt deze geco als «gebruiker» van één punt, zonder dat de dienovereenkomstige toelage echter uitbetaald wordt krachtens artikel 5. Het bovenvermeld «gebruik» wordt naar rato verminderd als de loopbaanonderbreking niet volledig is of als de statutaire beambte niet ten belope van een voltijdse betrekking vervangen wordt.

§ 3. De jaarlijkse tegemoetkoming in de loon- en weddekosten mag het jaarlijkse bedrag niet overschrijden dat de som is van de brutowedde van de geco, het vakantiegeld, de eindejaarspremie die krachtens de toepasselijke wetgeving of de collectieve arbeidsovereenkomsten moet worden uitbetaald, de wettelijk voorgeschreven bijdrage van de werkgever in de vervoerskosten van de geco naar zijn werkplaats, alsmede van de werkgeversbijdragen zowel aan de Rijksdienst voor sociale Zekerheid alsook aan de arbeidsongevallenverzekering en de dienst voor arbeidsgeneeskunde.

§ 4. De toelage wordt door het Ministerie uitbetaald.

De eerste toelage wordt uitbetaald op basis van de arbeidsovereenkomst van de geco, die bij het Ministerie moet worden ingediend; daarna worden de toelagen uitbetaald op basis van de bewijsstukken betreffende de wedden die trimestrieel, ten laatste binnen de maand na het einde van het betrokken trimester, bij het Ministerie moeten worden ingediend.

De eerste voorlopige schijf stemt overeen met het vierde van de overeenkomstig de hoofdstukken IV resp. V berekende maximale jaarlijkse toelage.

De volgende maximale trimestriële voorlopige schijven stemmen overeen met het resultaat bekomen door het vierde van de overeenkomstig de hoofdstukken IV resp. V berekende maximale toelage met een breuk te vermenigvuldigen waarvan de noemer het aantal werkdagen van het voorafgaande trimester naargelang de toe te passen arbeidstijdregeling en de teller het aantal werkelijke of gelijkgestelde arbeidsdagen van het voorafgaande trimester is waarvoor de werkgever een wedde tijdens de arbeidsovereenkomst heeft uitbetaald.

Na afloop van een termijn van twee maanden na het kalenderjaar waartoe de bewijsstukken betreffende de wedde betrekking hebben, is het Ministerie niet meer gehouden de toelage uit te betalen.

§ 5. De werkgever is ertoe verplicht het Ministerie zonder verwijl te informeren over elke wijziging in de arbeidsregeling en over de toekenning van openbare tegemoetkomingen in de loon- en weddekosten van de geco.

§ 6. De onrechtmatig uitbetaalde toelagen worden op de bedragen ingehouden die de werkgever nog moeten worden betaald of per aangetekende brief teruggevorderd.

HOOFDSTUK IX. — *Opschorting van de uitbetaling*

Art. 20. § 1. De Minister schort de uitbetaling van de premie op, als het plaatselijk bestuur

1° de voordelen van de loopbaanonderbreking, ingesteld bij de herstellwet van 22 januari 1985 houdende sociale bepalingen, op zijn personeelsleden niet toepast;

2° de geco's voor taken tewerkstelt die niet behoren tot die van de niet-commerciële sector in de zin van artikel 1 van het koninklijk besluit nr. 25 van 24 maart 1982 tot opzetting van een programma ter bevordering van de werkgelegenheid in de niet-commerciële sector;

3° de bepalingen van het koninklijk besluit nr. 474 betreffende de rechten van de geco's en van het koninklijk besluit van 30 maart 1987 tot uitvoering van artikel 8 van het koninklijk besluit nr. 474 van 28 oktober 1986 tot opzetting van een stelsel van door de Staat gesubsidieerde contractuelen bij sommige plaatselijke besturen, niet naleeft;

4° verzuimt de Minister zonder verwijl te informeren dat het een andere tegemoetkoming in de loonkosten van de geco's geniet;

5° voor de door hem tewerkgestelde geco's geen verzekering tegen arbeidsongevallen afsluit, noch bij een erkende verzekeringsmaatschappij, noch bij een erkend gemeenschappelijk verzekeringsfonds;

6° alhoewel het ertoe verplicht is, in het kader van de startbaanovereenkomst het aantal werkzoekenden niet tewerkstelt dat bij hoofdstuk VIII van de wet van 24 december 1999 ter bevordering van de werkgelegenheid voorgeschreven is.

§ 2. De Minister schort de uitbetaling van de premie op, als het plaatselijk bestuur de geco's geen bezoldiging en bezoldigingsvoorwaarden verleent die ten minste overeenstemmen met de wedde en de bezoldigingsvoorwaarden die van toepassing zijn op het statutair personeel voor hetzelfde of voor een gelijkwaardig werk.

HOOFDSTUK X. — *Slopbepalingen*

Art. 21. In artikel 1 van het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de gesubsidieerde contractuelen (Geco's) aangesteld voor de exploitatie van containerparken, wordt de passus «besluit van de Waalse Gewestexecutieve van 13 juni 1991 : besluit van de Waalse Gewestexecutieve van 13 juni 1991 tot bepaling van de verdelingsmaatstaven van de toelagen die toegekend zijn aan de plaatselijke besturen waar contractuelen te werk zijn gesteld;» vervangen door de passus «besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 20 december 2001 : het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 20 december 2001 houdende toekenning van toelagen aan plaatselijke besturen die geco's tewerkstellen;».

In artikel 3 van hetzelfde besluit wordt de passus «van de Waalse Gewestexecutieve van 13 juni 1991» door «van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 20 december 2001» vervangen.

Art. 22. Worden opgeheven :

1° het koninklijk besluit van 29 december 1988 tot verruiming van het toepassingsgebied van het koninklijk besluit nr. 474 van 28 oktober 1986 tot opzetting van een stelsel van door de Staat gesubsidieerde contractuelen bij sommige plaatselijke besturen.;

2° het besluit van de Waalse Gewestexecutieve van 13 juni 1991 tot bepaling van de verdelingsmaatstaven van de toelagen die toegekend zijn aan de plaatselijke besturen waar contractuelen te werk zijn gesteld, gewijzigd bij de besluiten van 3 december 1992, 14 januari 1993, 3 februari 1994, 6 oktober 1994, 8 december 1994, 30 maart 1995, 11 mei 1995, 31 oktober 1996, 27 januari 1998, bij het decreet van 5 februari 1998 en de besluiten van 2 april 1998 en 4 maart 1999.

Art. 23. Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2002.

Art. 24. De Minister bevoegd inzake Werkgelegenheid, Begroting en Financiën is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 20 december 2001.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme
B. GENTGES

De Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
H. NIESEN

	1ste jaar	2de jaar	3de jaar	Totaal « gebruikers »
Totaal voor de periode				

Art. 4. De eerste verdragsluitende partij en de toetredende verdragsluitende partij(en) komen de verplichtingen na die opgelegd worden bij de bovenvermelde besluiten, t.w. het koninklijk besluit nr. 474 van 28 oktober 1986 en het besluit van 20 december 2001, en wat dit laatste besluit betreft inzonderheid de artikelen :

- 2, 4, 13, 18 en 19 voor het personeelsbeheer;
- 2, 14 tot 19 voor de administratieve verplichtingen;
- 3, 5 tot 10, 13, 16, 19 en 30 voor de berekening van de toelagen.

Opgesteld te....., op....., in 7 exemplaren.

Voor de Gemeente	Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap
.....
(Burgemeester)	(Minister bevoegd inzake Werkgelegenheid)
.....
(Gemeentesecretaris)	
Voor de bijtredende verdragsluitende partij(Instelling)
(Handschrift)
Voor de bijtredende verdragsluitende partij(Instelling)
(Handschrift)
Voor de bijtredende verdragsluitende partij(Instelling)
(Handschrift)

Om als bijlage I bij het besluit van 20 december 2001 gevoegd te worden.
Eupen, 20 december 2001

De Minister-President,
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,
K.-H. LAMBERTZ

Bijlage II

Overeenkomst afgesloten krachtens het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 20 december 2001 houdende toekenning van toelagen aan plaatselijke besturen die geco's tewerkstellen

Aanwending van de tweede bijkomende dotatie

Aanwending van de dotatie voor de politiezones

Tussen het plaatselijk bestuur(Benaming),
vertegenwoordigd door(Naam)
(Functie)
en (Naam)
 (Functie)
als eerste verdragsluitende partij	
en de Duitstalige Gemeenschap,	
vertegenwoordigd door (Minister bevoegd inzake Werkgelegenheid)
als tweede verdragsluitende partij	
is	

met toepassing van het koninklijk besluit nr. 474 van 28 oktober 1986 tot opzetting van een stelsel van door de Staat gesubsidieerde contractuelen bij sommige plaatselijke besturen en van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 20 december 2001 houdende toekenning van toelagen aan plaatselijke besturen die geco's tewerkstellen,

het volgende overeengekomen :

Artikel 1. Met toepassing van de artikelen 2, § 3, en 11, van het bovenvermeld besluit van 20 december 2001, verkrijgt de eerste verdragsluitende partij een dotatie voor het volgende tewerkstellingsproject :

Titel van het project :

.....

Doelen van het project :

.....

Programmatie (personeel) van het project :

.....

Voor het bovenvermeld tewerkstellingsproject verleent de Duitstalige Gemeenschap volgende maximale dotatie onder volgende voorwaarden :

.....

Art. 2. Met toepassing van de artikelen 2, §§ 4 en 5, en 12, verkrijgt de eerste verdragsluitende partij, om het administratief en/of logistisch werk van de politiezones te ondersteunen, volgende maximale dotatie onder volgende voorwaarden :

Art. 3. De eerste verdragsluitende partij en de toetredende verdragsluitende partij(en) komen de verplichtingen na die opgelegd worden bij de bovenvermelde besluiten, t.w. het koninklijk besluit nr. 474 van 28 oktober 1986 en het besluit van 20 december 2001, en wat dit laatste besluit betreft inzonderheid de artikelen :

- 2, 4, 13, 18 en 19 voor het personeelsbeheer;
- 2, 14 en 15, 17 tot 19 voor de administratieve verplichtingen;
- 3, 5 tot 9, 11 tot 13, 16, 19 en 20 voor de berekening van de toelagen.

Opgesteld te....., op....., in 5 exemplaren.

Voor het plaatselijk bestuur

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap

.....
 (Benaming)

.....
 (Minister bevoegd inzake Werkgelegenheid)

.....
 (Handschrift)

.....
 (Functie)

.....
 (Handschrift)

.....
 (Functie)

Om als bijlage II bij het besluit van 20 december 2001 gevoegd te worden.
 Eupen, 20 december 2001.

De Minister-President,
 Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport
 K.-H. LAMBERTZ